

# Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)  
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)  
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

## 3x JA für finanzpolitische Glaubwürdigkeit

Im Interesse der Glaubwürdigkeit der Anstrengungen zur Sanierung der Bundesfinanzen sind in der Volksabstimmung vom 10. März alle drei Bundesbeschlüsse vom 24. März 1994 anzunehmen.

**MRS.** Zur Vorlage über die Aufhebung der kantonalen Zuständigkeit im Bereich der persönlichen Ausrüstung der Armeeangehörigen ist festzuhalten, dass aufgrund dieser Sparmassnahme weder der Föderalismus noch das schweizerische Gewerbe über Gebühr tangiert werden. Die Vorlage verfolgt vielmehr das Ziel, ein schwerfälliges, umständliches und teures System aus dem 19. Jahrhundert abzuschaffen.

Die bisherige dezentrale Beschaffung der persönlichen Ausrüstung der Armeeangehörigen verteuert die Artikel um bis zu 65 Prozent und verursacht einen unverhältnismässigen Aufwand an Bürokratie. Die vorgesehene Änderung entlastet den Bundeshaushalt um rund 15 Millionen Franken pro Jahr. Die Mass-

nahme fügt sich in die Bemühungen um eine Liberalisierung und Revitalisierung der schweizerischen Wirtschaft ein, indem sie die Aufträge nach dem Gesetz des Marktes und der Konkurrenz vergibt.

Die Pflicht zur Übernahme von inländischem Branntwein und zum Ankauf von Brennereien und Brennapparaten stammt aus den dreissiger Jahren und hat seither ihre gesundheitspolitische Bedeutung weitgehend eingebüsst. Sie ist ausserdem nicht vereinbar mit den Regeln des neuen Gatt/WTO-Vertrages.

Nachdem der Bund seit 1986 rund 104 Millionen für Subventionen und sechs Millionen für Darlehen an Bahnhofparkplatz-Anlagen bezahlt hat, ist es angezeigt, dass sich der Bund nach dieser erfolgreichen Starthilfe aus dieser Verpflichtung wieder löst.

### Klares Signal nötig

Die FDP Schweiz tritt daher klar für die Annahme der drei Bundesbeschlüsse vom 24. März 1994 ein. Denn auch wenn die zur Diskussion stehenden Verfassungsänderungen nur unwesentlich zur Sanierung der Bundesfinanzen beitragen: Sie stellen eine kleine, aber nötige Sparanstrengung dar, und sie geben ein klares Signal: der Bund muss sparen, und zwar in erster Priorität.

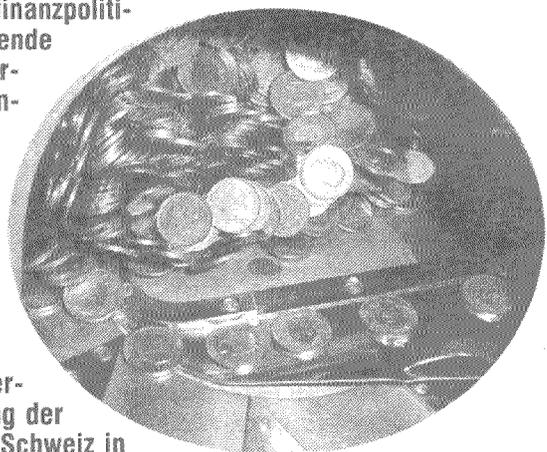


Auch die Beschaffung der persönlichen Ausrüstung der Armeeangehörigen soll zur Sanierung der Bundesfinanzen beitragen.  
(Photo Keystone)

## Mut zur Wende

Mut zur finanzpolitischen Wende

– dies forderte Bundesrat und Finanzminister Kaspar Villiger an der Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz in Rapperswil. Er stellte dabei zum erstenmal öffentlich eine Strategie vor, wie der Bundeshaushalt binnen sechs Jahren saniert werden könnte.



Lesen Sie ab Seite 5

### Inhalt

- Mehr über «Amtl. bew. Unfug» lesen Sie auf Seite **9**
- Der Anfang ist gemacht – viel bleibt noch zu tun. Die Überlegungen von Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz zur wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz. Ab Seite **10**
- Weshalb die Staatssekretäre nicht überflüssig sind, erläutert Ihnen Ständerat René Rhinow auf Seite **13**

# Unterwelt verändert die Welt

Auch die Schweiz übt wegen ihrer starken wirtschaftlichen Stellung und der internationalen Verflechtung des Banken- und Wirtschaftssystems auf russische Verbrecherkreise eine starke Anziehungskraft aus. Vergangenen Oktober berichtete Bundesanwältin Carla del Ponte, immer häufiger tauchten Russen auf, die bis zu fünfzig Millionen Dollar bringen . . .

◊ Jacques Baumgartner

Internationale Experten sind sich einig, dass es in Russland keine Mafia im herkömmlichen Sinne mit den Strukturen wie in Italien gibt, sondern «bloss» Banden. Das russische Innenministerium bezeichnet die italienische Mafia als einen «Kindergarten» im Vergleich mit dem einheimischen Verbrechen.

Präsident Boris Jelzin hat das organisierte Verbrechen wiederholt die «Geißel Russlands» genannt. Schon 1994 beauftragte er Innenministerium und Geheimdienst, «Russland von diesem kriminellen Dreck zu befreien» . . . Westliche Fachleute sehen die russische «Mafia» schon bald als «das grösste Verbrechersyndikat der Welt».

## Anfänge

Offiziell wurde die Existenz einer russischen «Mafia» erst 1987/88 anerkannt. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es für die Kreml-Propaganda nur in der «dekadenten kapitalistischen westlichen Welt» organisierte Kriminalität. Entwickelt hat sich die russische «Mafia» aus dem ständigen Konsum- und Leistungsdefizit der sozialistischen Kommandowirtschaft. «Schattenwirtschaft» steht für grossen und grössten Diebstahl staatlichen Eigentums.

«Perestroika», der von Michail Gorbatschew eingeleitete wirt-



Die Mafia ist allgegenwärtig . . .

(Photos Stahl)

schaftliche «Umbau» der Sowjetunion, entzückte die «Mafia». Plötzlich konnte alles gekauft oder verkauft werden. So kauften beispielsweise verzweifelte Mütter und Väter für damals 8000 Rubel ihre Söhne, die nach Afghanistan in den Krieg entsandt werden sollten, frei.

## Zahlen

Vor sechs Jahren schätzte das russische Innenministerium die Zahl der Banden auf 785. Im Mai 1994 wurden 5691 Banden mit über 100 000 Mitgliedern «veranschlagt». Die «Mafia» kontrolliert direkt 40 960 russische Unternehmen, davon 1479 Staatsbetriebe. Vierzig Prozent der russischen Wirtschaft befänden sich bereits in Verbrecherhänden.

Vermutet wird, dass das «umsatzstärkste Gewerbe» in Russland die Erpressung von «Schutzgeld» ist. Es wird davon ausgegangen, dass achtzig Prozent aller Firmen, und zwar auch ausländische, heute «Schutzgeld» zahlen. Die «Mafia» hat ihre eigenen Buchhalter in die Betriebe eingeschleust. Die Bankenwelt ist von «mafiosen Strukturen unterwandert». Die «Mafia» kontrolliert nahezu die Hälfte aller russischen Geldinstitute. Wegen des häufigen Angebots beträgt der Preis für einen Auftragsmord, laut Wirtschaftszeitung russischer «Kommersant», hundert bis zweihundert Dollar. Bei den «Killern» handle es sich um frühere Angehörige der Sabotagegruppe des militärischen Spio-

nagedienstes (GRU) der Sowjetunion und um Afghanistan-Veteranen.

## «Nuklear-Mafia»

Laut einer Meldung des deutschen Bundesnachrichtendienstes (BND) «seien in letzter Zeit Nuklearexperten von mafiosen Gruppen angeworben worden, um Methoden für den Schmuggel radioaktiven Materials zu entwickeln . . .» Russland selbst hat gewarnt, dass «internationale Mafia-Strukturen» dabei seien, den illegalen Handel mit Spaltmaterial professionell zu organisieren.

Vor drei Jahren klagte Präsident Jelzin, kriminelle Organisationen hätten mit «hohen Beträgen Beamte bestochen, um Exportlizenzen zu erhalten». Sie kauften Erdöl und Edelmetalle, bezahlten in Rubel, verkauften gegen harte Devisen. Experten schätzen den «Exportwert» alleine für das Jahr 1992 auf über zwanzig Milliarden Dollar . . . Den Umfang des im Westen angelegten «Mafia»-Kapitals geben die russischen Behörden mit achtzehn bis hundert Milliarden Dollar an. Im Westen wird von dreissig bis vierzig Milliarden Dollar ausgegangen.

## Menschen, Drogen, Kunst

Die russische «Mafia» legt ihre Dollar-Milliarden auf Banken in der Schweiz (vermutet werden derzeit fünf Milliarden Dollar), in Zypern und auf den Bahamas an.

Neben dem Autodiebstahl in Westeuropa (300 000 Wagen 1994 in den Staaten der Europäischen Union) haben die russischen Kriminellen die Prostitution im «Westeinsatz» als lukratives Geschäft entdeckt.

Im italienischen Rimini beispielsweise arbeitet die «Mafia» in der Hochsaison im Schichtsystem. Pro Woche sorgten, wie deutsche Zeitungen berichteten, vier Sonderflüge aus Moskau und St. Petersburg für Mädchennachschub. Schon 1992 hatten auf einem Geheimgespräch in Prag italienische und russische Unterwelt eine «strategische Allianz» vereinbart.

Der Drogenkontrollrat der Vereinten Nationen vermutet, dass aus Afghanistan über Tadschikistan jährlich 200 Tonnen Opium nach Russland geschmuggelt werden, um von dort den Weg in den Westen zu nehmen. Der Umsatz in westlichen Staaten wird mit 250 (zweihundertfünfzig!) Milliarden Dollar beziffert. Laut Konfliktforschungsinstitut Riscit in London «sind achtzig Prozent der einst etwa 30 Millionen Kunstikonen in Russland abhandeln gekommen». Ein kultureller Aderlass, der der «Mafia» ebenfalls Dollar-Milliardenumsätze beschert habe. Bundesanwältin Carla del Ponte ist besorgt über die «beginnende Kooperation russischer und italienischer Mafiosi mit der Schweiz als Drehscheibe». Ihre Vertreter gaben sich vergangenes Jahr in Luzern ein Stelldichein . . .

# Richard Camenzind: Wenn er könnte, würde er durchs Weltall fliegen

**Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?**

Dass sich der gesunde Menschenverstand schliesslich durchsetzt.

**Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?**

Der politische, religiöse und gesellschaftliche Fundamentalismus.

**Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?**

Die wichtigste: die Elektrizität. Die entbehrlichste: Spielzeugwaffen (sie sind des Übels Anfang).

**Was lieben Sie an der Schweiz?**

Die Tüchtigkeit der Leute.

**Was missfällt Ihnen in unserem Land?**

Die Tendenz zur Abkapselung.

**Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende. Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?**

Ja, mit dem geringfügigen Vorbehalt, dass die Ausnahme die Regel bestätigt.

**Warum sind Sie bei der FDP?**

Weil ich eines freien und offenen Sinnes bin.

**Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?**

Nelson Mandela (der hat ihn aber schon).



Richard Camenzind im Gespräch mit dem usbekischen Staatspräsidenten Karimov anlässlich von dessen Besuch in Altendorf SZ.

**Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?**

Durch die ehrliche Cleverness.

**Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?**

Ich habe nie verstanden, weshalb die Frauen nicht die gleichen Rechte haben sollen wie die Männer.

**Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?**

Schwäche: Grosszügigkeit, weil sie (selten zwar) missbraucht wird. Stärke: Grosszügigkeit, weil sie meistens honoriert wird.

**Welches Buch lesen Sie jetzt gerade?**

«Feuerfrau» von Federica de Cesco.

**Was tun Sie, um sich fit zu halten?**

Lieben, lachen, joggen.

**Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?**

Ins Weltall fliegen.

**Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?**

M<sup>me</sup> Christiane Langenberger-Jaeger, weil sie eine echte FDP-Powerfrau ist. ■

## KURZBIOGRAPHIE

### Richard Camenzind

#### Zur Person:

geboren am 2. März 1939 in Gersau. Gymnasium in Luzern, Handelsdiplom, 2 Jahre in England (London) für Sprache und Weiterbildung in der Finanzabteilung einer internationalen Gesellschaft. Verheiratet mit Ruth (seit 30 Jahren), Vater von Nadja und Mischa. Bin Hobbywinzer (60 Stöcke Riesling×Silvaner), mache Gebirgshochtouren, ich jogge und fahre Velo, wir geniessen das Leben.

#### Alter:

57jährig

#### Berufliche Stationen:

1965 Eintritt ins Familienunternehmen Camenzind & Co., Seidenspinnerei, Gersau. 1967 Teilhaber, Mitglied der Geschäftsleitung, 1976–91 Präsi-

dent der Spinnereisektion der Internationalen Seidenvereinigung, 1988–92 Präsident des Handels- und Industrievereins des Kantons Schwyz.

#### Politischer Werdegang:

1968–1976: Bezirkssäckelmeister in Gersau, 1977–1989: Präsident der Liberalen Volkspartei Gersau, 1977–1987: Vizepräsident der liberalen Kantonalpartei (liberal = FDP). 1992: Wahl in den Regierungsrat des Kantons Schwyz, Chef des Departements des Innern mit Umwelt- und Gesundheitsdirektion, Fürsorgedirektion, Sozialwerken, Kantonlabor, Vormundschafts-, Zivilstands- und Bürgerrechtswesen.

#### Liebste Tätigkeit:

Familie, Hobbywinzern, Sport und Politik. ■

# Direkte Demokratie

Direkte Demokratie bedeutet nicht «Selbstherrschaft des Volkes», sondern eine breiter abgestützte Eliteherrschaft. Zu dieser und anderen, ähnlichen Aussagen gelangt der Autor am Ende seines Buches.

«Direkte Demokratie» vermittelt dem Leser einen weitgespannten Überblick und Vergleich der direktdemokratischen Einrichtungen der Schweiz und des US-Gliedstaates Kalifornien. Dies unter Einbezug der Staaten Frankreich, Italien, Dänemark, Irland, Österreich, Liechtenstein und Australien.

Silvano Möckli untersucht Wissen, Verhalten und Einstellung der Stimmbürger, die Ausgestaltung der direktdemokratischen Institutionen, wie oft und worüber abgestimmt wird, den Entscheidungsprozess bei Volksinitiativen, Wirkungen und Käuflichkeit direktdemokratischer



## Direkte Demokratie

Ein internationaler Vergleich



Entscheide und vermittelt dem Leser eine lebendige Einsicht in die Ideen- und Realgeschichte der Demokratie.

*Silvano Möckli: «Direkte Demokratie», ein internationaler Vergleich 1994. 436 Seiten, 47 Abbildungen, gebunden (Fr. 64.–).*

# «Blaubuch»

Ursprünglich wollte das LAKO Sozialforum Schweiz mit seiner Publikation «Soziale Fragen an der Schwelle zur Zukunft» lediglich einer interessierten Leserschaft im deutschsprachigen Europa Anstösse zur Erneuerung des sozialen Gedankenguts geben. Der Sammelband, der Bei-

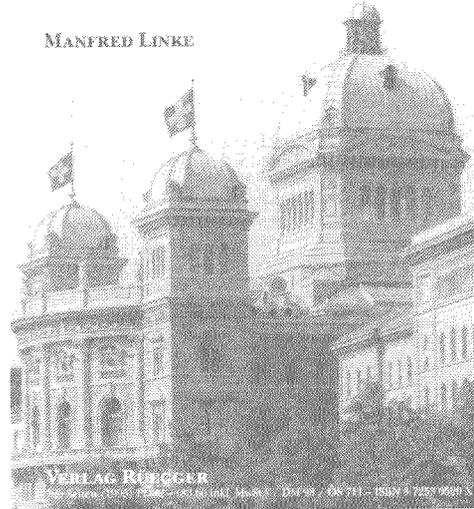
träge von 27 europäischen Experten aus Sozialforschung und Wirtschaftspraxis vereint, sollte der wachsenden Verunsicherung des Einzelnen in der heutigen Zeit entgegenwirken und dem Zusammenhalt in der Gesellschaft neue Impulse verleihen. Nach dem Erscheinen des Manifestes «Mut zum Aufbruch» erhält die Publikation zumindest in der Schweiz aber eine ganz neue Stossrichtung. Das «Blaubuch» der LAKO stellt gewissermassen ein Gegenmanifest zum «Weissbuch» dar, mit dem die Wirtschaftselite unseres Landes zur ordnungspolitischen Erneuerung der Schweiz aufgerufen hat.

«Soziale Fragen an der Schwelle zur Zukunft» ist erhältlich bei: LAKO Sozialforum Schweiz, Postfach 348, 8027 Zürich, oder im Buchhandel (Fr. 59.–).



# SCHWEIZERISCHE AUSSENPOLITIK DER NACHKRIEGSZEIT

MANFRED LINKE



# Aussenpolitische Pflichtlektüre

Das Buch analysiert ein halbes Jahrhundert schweizerischer Aussenpolitik vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis heute. Dabei werden Kontinuität, Wandel und Widersprüche der Politik des Bundesrates sichtbar.

Die Schweiz überwand bis zum Ende der fünfziger Jahre die kriegsbedingte Isolation und ihr schlechtes Image. Sie ergänzte ihre Neutralität durch Solidarität. Sie schlitterte aber in eine neue Isolation hinein, weil sie die Neutralität übervorsichtig auslegte und nicht erkannte, dass sich Aussenpolitik in der Uno, im Europarat und in der EG zunehmend multilateral abspielte.

Mit dem Beginn der sechziger Jahre reagierte die Schweiz auf die wirtschaftliche Integration in Westeuropa. Wegen der letztlich politischen Zielsetzung der EG war sie der Gemeinschaft nicht beigetreten. 1960 jedoch war sie wesentliche Mitbegründerin der EFTA. 1963 trat sie dem Europarat bei, 1966 dem Gatt. 1972 gelang mit den Freihandelsabkommen der Brückenschlag zwischen den EFTA-Staaten und der EG.

Die Schweiz engagierte sich im 1973 beginnenden KSZE-Pro-

zess. 1974 ratifizierte sie die Europäische Menschenrechtskonvention und wurde danach mehrfach wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt. Der vom Bundesrat und vom Parlament befürwortete Beitritt zu den Vereinten Nationen wurde 1986 von Volk und Ständen verworfen. Von 1989 an erfolgten neue Weichenstellungen in der schweizerischen Aussenpolitik. Sie kehrte 1990 zur differentiellen Neutralität zurück. Der Bundesrat verkündete 1991 den EG-Beitritt als Ziel der europäischen Integrationspolitik der Schweiz.

Das umfangreiche Quellenverzeichnis des Buches listet erstmals alle aussenpolitischen Botschaften und Berichte des Bundesrates und alle aussenpolitischen Wortmeldungen von Bundesräten im Parlament auf. Es stellt ein umfassendes Nachschlagewerk für alle dar, die sich in einen Teilbereich schweizerischer Aussen-, Aussenwirtschafts- und Sicherheitspolitik vertiefen möchten.

*Manfred Linke: «Schweizerische Aussenpolitik der Nachkriegszeit». 720 Seiten (1995), Fr. 82.–.*



Bundesrat Kaspar Villiger stellt anlässlich der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP vom 20. Januar 1996 zum ersten Mal sein Konzept zur Haushaltsanierung öffentlich vor. (Photo ruti)

## Mut zur finanzpolitischen Wende!

◊ Von Bundesrat Kaspar Villiger

Es gibt Zeiten, da wird alles anders. Zuerst merkt man es kaum. Und wenn alle es merken, hat man die zeitgerechte Anpassung meist verpasst. Man muss verändern, bevor die meisten merken, dass man verändern muss. Vor dieser Aufgabe stehen wir in dieser Legislatur. Es geht um die schicksalhafte Frage, wie wir unseren Wohlstand sichern können.

Die globale Deregulierung führt zu einem erbarmungslosen Konkurrenzkampf der Wirtschaftsstandorte. Dies wiederum hat einen merklichen Druck in

Richtung des Ausgleichs von Wohlstandsgefällen zur Folge.

Die Grenzen des Hochleistungsstaates werden dramatisch sichtbar. Weder kann er infolge Überforderung die Probleme noch befriedigend lösen, noch ist er finanzierbar. Die Quittung sind explodierende Staatsschulden.

### Mut zum vordergründig Unpopulären

Ich weiss, dass man solche Wahrheiten zurzeit nicht gerne hört. Optimismus ist gefragt. Wer Bedenken anmeldet, behindert den Aufschwung. Leider bereinigt man schwierige Situationen nicht mit Gesundbeten, sondern nur mit mutigen Entscheiden.

Wir Freisinnigen werden besonders gefordert sein. Denn wir werden den Mut zum vordergründig Unpopulären mit dem Sinn für das direktdemokratisch Machbare und staatspolitisch Kluge verbinden müssen. Weder die Rosskur vom technokratischen Reissbrett noch das Verkünden innovativ verpackter Besitzstandwahrungsrezepte wird weiterführen.

Viele Aufgaben harren der Lösung, aber zwei Probleme sind derzeit besonders schicksalhaft: die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz und die Sanierung der öffentlichen Finanzen.

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingun-

gen ist in den letzten Jahren in oft geradezu unhelvetischem Tempo mehr geschehen, als uns häufig bewusst ist. Ich denke etwa an die Einführung der Mehrwertsteuer, die Änderungen im Bereich der Stempelsteuern und der Direkten Bundessteuer, das Binnenmarktgesetz, das Kartellgesetz, das Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen, der erleichterte Zugang hochqualifizierter Ausländer, die Fachhochschulen oder die Reform der Landwirtschaftspolitik.

Einiges steht bevor, etwa die Modifikation der Holdingbesteuerung, das Inkrafttreten des Börsengesetzes, das Strukturanpassungsgesetz, die Deregulie-

Fortsetzung auf Seite 6

## Fortsetzung von Seite 5

rung der Telecom oder der Abschluss der bilateralen Verhandlungen mit der EU.

Von besonderer Bedeutung aber ist es, die Staatsquote tief und Steuer- und Abgabenquote attraktiv zu erhalten. Und etwas wird häufig übersehen: Auch die Sanierung der Bundesfinanzen ist zur Erhaltung der Qualität des Werk-, Dienstleistungs- und Finanzplatzes Schweiz eine absolute Notwendigkeit.

### Warnung vor dem Kipfeffekt

Zurzeit bezahlt der Bund jährlich Schuldzinsen von 3,5 Milliarden Franken, 1999 werden es 4,2 Milliarden Franken sein. Das kommt schon in die Nähe des gesamten EMD-Budgets. Die Defizite übersteigen die Investitionen bei weitem. Wir finanzieren Konsumausgaben auf Pump.

Das bisherige Sparen löste zwar Klagen, aber noch kaum Schmerzen aus. Wir haben uns daran gewöhnt, auf Pump und über unseren Verhältnissen zu leben. Bisher hat es funktioniert.

Aber es wird nicht auf Dauer funktionieren.

In der Ökologie kennt man die Kipfeffekte. Zuerst passiert lange nichts. Und plötzlich kippt das ganze System über Nacht in die Instabilität. So ist es auch mit der Verschuldung. Das Vertrauen in die Bonität des Staates geht verloren, was wiederum die Zinsen treibt und den Finanzplatz beeinträchtigt. Notprogramme werden unausweichlich, welche die politische und soziale Stabilität gefährden. Der Staat wird zum unberechenbaren, sprunghaften Vertragspartner.

Zuletzt bleibt ihm nur noch die Entlastung über die Inflation. Noch ist es nicht soweit. Aber je länger wir mit der Wende zuwarten, desto schmerzhafter werden die zu treffenden Massnahmen.

Wenn wir den Weg aus der Verschuldungskrise wirklich gehen wollen, müssen wir zuerst einige Sachverhalte zur Kenntnis nehmen.

Der Staatshaushalt hat eine rechtliche Struktur, welche die Verschuldung begünstigt. Die Ausgaben werden vom Parlament beschlossen, während über die

Einnahmen Volk und Stände befinden müssen, weil die Steuersätze in der Verfassung verankert sind. Zu einem grossen Teil sind die Ausgaben rechtlich und faktisch gebunden.

Untersuchungen haben gezeigt, dass der Bund ein eigentlicher Inflationsverlierer ist: Viele Ausgaben wachsen mit der Teuerung automatisch, während Zölle, Alkohol- und Tabaksteuern der Teuerung nicht zu folgen vermögen und die kalte Progression der Direkten Bundessteuer – zu Recht! – ausgeglichen werden muss. Zwischen Ausgaben und Einnahmen besteht also eine institutionalisierte Scherenbewegung.

Der Spielraum für Mehreinnahmen ist begrenzt. Eine verhältnismässig günstige Steuer- und Abgabenquote ist einer der wenigen noch verbliebenen Vorteile des Wirtschaftsstandortes Schweiz. Es ist für unsere Wirtschaft lebenswichtig, diesen Trumpf nicht zu verlieren. Deshalb können wir die Bundesfinanzen nicht über Steuererhöhungen sanieren. Zwei Ausnahmen sind aber unausweichlich:

Zur Finanzierung der AHV und der Neat brauchen wir Mehreinnahmen.

Es ist zu hoffen, dass die Wirtschaft wieder zum stabilen Wachstum zurückfindet. Dieses wird aber kaum jemals eine Grössenordnung erreichen, die unsere finanziellen und sozialen Probleme wie von Zauberhand lösen wird. Es sind deshalb Verteilungskämpfe zu erwarten.

Die demographischen Veränderungen werden bei gleichbleibenden individuellen Ansprüchen an die Sozialwerke zu Kostensteigerungen führen, deren Finanzierung die Leistungskraft unserer Volkswirtschaft dramatisch zu überfordern droht.

Obwohl die Wirtschaft nur zögernd wächst, befinden wir uns weder in einer Rezession noch in einer Deflation. Sogar wer der antizyklischen Finanzpolitik das Wort redet, müsste jetzt für eine ausgeglichene Rechnung plädieren.

Die bisherige Sparpolitik war nicht etwa wirkungslos. Ohne sie stünden wir heute noch wesentlich schlechter da. Aber sie hat

## Vergleichszahlen

Einige Vergleichszahlen zu Schulden und Verschuldung	in Millionen	Länge eines Bandes in km wenn der Betrag in 100er-Noten aneinandergelegt würde (Länge einer 100er-Note in cm):	Welche Fläche in Quadratkilometern könnte man mit dem Betrag in 100ern auslegen? (Fläche einer 100er in cm <sup>2</sup> ):	Zinslast, bei einem Zinssatz von 5%		Betrag pro Einwohner in Fr. (Einwohnerzahl): 7 000 000	Wie lange braucht ein Mensch, um den Betrag in 100er-Noten hinzublättern (in Jahren; Annahme: 250 Arbeitstage à 8 h. 3 Scheine pro Sekunde => Anz. 100er-Noten pro Jahr: 21 600 000)
				pro Tag in Mio.	pro Minute in Fr.		
Schulden der öffentl. HH 1995	179 200	304 640	23,8	24,55	17 047	25 600	83,0
Schulden des Bundes 1995	81 900	139 230	10,9	11,22	7 791	11 700	37,9
Defizit der öffentl. HH 1995	13 251	22 527	1,8	1,82	1 261	1 893	6,1
Defizit des Bundes 1995	4 000	6 800	0,5	0,55	381	571	1,9
Strukt. Defizit des Bundes 1995	4 000	6 800	0,5	0,55	381	571	1,9
		Zum Vergleich: Erdumfang: 40 000	Zum Vergleich: Vierwaldstättersee: 113,7 Walensee: 24,2 Sempachersee: 14,4 Fussballfeld: 0,01			Zum Vergleich: Hypothekarverschuldung pro Kopf: -65 000	In der Schweiz sind derzeit rund 90 Millionen 100er-Noten im Umlauf

das Problem nicht endgültig gelöst.

### Prinzipien gegen die Besitzstandswahrung

Die Sanierung des Haushalts ist komplex und schwierig. Wo man auch anzupacken versucht, tritt die Koalition der sich gegenseitig helfenden Besitzstandwahrer auf den Plan. Man muss deshalb versuchen, einige einfache Prinzipien zu formulieren:

■ Das Haushaltsdefizit ist innerhalb von wenigen Jahren zu beseitigen. Sechs Jahre wäre ein denkbarer Zeitraum.

■ Steuer- und Abgabenquote müssen im internationalen Vergleich tief bleiben.

■ Die punktuellen Sparbemühungen müssen energisch fortgesetzt werden. Dazu müssen aber wirksame strukturelle Massnahmen treten, um den Ausgleich anzustreben. Sollte auch dies nicht ausreichen, müsste ein pauschaler Mechanismus in Kraft treten, welcher bezwingt, dass sich die Ausgaben nach den Einnahmen zu richten haben.

■ Die sich in der Vernehmlassung befindende Schuldenbremse kann den Budgetausgleich nicht herbeiführen. Aber sie kann eine ausgeglichene Rechnung langfristig sichern.

■ Die grossen neuen Bahninfrastrukturinvestitionen sind mit einer Sonderfinanzierung zu realisieren.

■ Um die Sozialwerke vor Überschuldung und damit vor dem Zusammenbruch zu bewahren, ist ein Einnahmenrahmen festzulegen, welcher einerseits vernünftige und angemessene Sozialleistungen ermöglicht, welcher andererseits von der Volkswirtschaft verkraftet werden kann.

■ Wir müssen während der Sanierungsperiode sicherstellen, dass dem Staat nicht ständig neue Aufgaben überbürdet werden.

### Der Musterknabe fällt durch

Im internationalen Vergleich stehen wir punkto Staatsverschuldung noch immer recht gut da. Aber der Wachstumstrend der Verschuldung ist besorgniserre-



Auch Arbeitgeber-Präsident Richterich folgt den Ausführungen von Bundesrat Kaspar Villiger sichtlich interessiert. (Photo ruti)

gend. Er ist niederschmetternd, wenn wir als frühere finanzpolitische Musterknaben nicht einmal jene Kriterien erfüllen, welche die EU-Länder erfüllen müssen, um der Währungsunion beitreten zu können.

Selbstverständlich sind Sparbemühungen im Sinne des Ausspressens der Finanzpläne bis zum letzten Tropfen wie vor nötig. Hier erhoffe ich vom neuen

Parlament mehr Mut. Zu dieser «Normalsparkost» müssen nun strukturelle Massnahmen kommen, welche den Staat als Ganzes hinterfragen und nicht mehr zeitgemässe Strukturen in Frage stellen.

■ Reform des Finanzausgleichs: Aufgabenerfüllung und Finanztransfers im Bundesstaat sind unübersichtlich geworden. Ein grundlegender Umbau der

Beziehungen zwischen den beiden Staatsebenen könnte die Abläufe übersichtlicher und kostengünstiger machen. Das vielgerühmte Subsidiaritätsprinzip würde wieder mit Substanz erfüllt, der Föderalismus erwachte zu neuem Leben.

■ Die Verwaltungsreform: Nach dem Beispiel des EMD muss die Bundesverwaltung restrukturiert werden.

- Es muss geprüft werden, welche Aufgabengebiete aufgehoben, privatisiert oder verselbstständigt werden können.
- In der gesamten Verwaltung sind Doppelspurigkeiten abzubauen.
- Durch Optimierung der Verwaltungstätigkeit sind Einsparungen zu erzielen.
- Gleichzeitig muss mit Elementen des New Public Management eine neue Management-Philosophie eingeführt werden.

■ Überprüfung der Subventionen: Noch im Laufe dieses Jahres wird sich der Bundesrat mit der Überprüfung eines ersten Pakets von Subventionen befassen müssen. Man darf die Ergiebigkeit dieses Prozesses nicht überschätzen. Aber einen Beitrag an die Sanierung muss er leisten.

■ Überprüfung von Normen und Standards im Hochbau und im Nationalstrassenbau: Hier geht es darum, durch neue Managementmethoden und durch die Überarbeitung kostentreibender Vorschriften die am Bau Beteiligten zum Sparen zu motivieren und zu befähigen.

Wenn es gelänge, alle diese strukturellen Reformen mit dem nötigen Mut und der nötigen Konsequenz zu realisieren, müsste der Rechnungsausgleich möglich sein.

### Es braucht institutionelle Zwänge

Damit der Rechnungsausgleich wirklich erzwungen werden kann, braucht es eine auf Verfassungsstufe institutionalisierte Mechanik, welche eingreift, falls die strukturellen Massnahmen nicht genügen. Ich bin überzeugt, dass eine solche Mechanik schon

Fortsetzung auf Seite 8

## Kein Grund zur Entwarnung

Die eidgenössische Staatsrechnung hat 1995 deutlich weniger schlecht abgeschlossen als befürchtet. Statt der budgetierten 6,1 Milliarden erreichte das Defizit nur 3,3 Milliarden Franken. Eine Trendwende ist laut Finanzminister Villiger aber noch nicht in Sicht. Nach wie vor ist die Rechnung zudem «geschönt».

In der Finanzrechnung stehen Ausgaben von 40,53 Milliarden Einnahmen von 37,27 Milliarden Franken gegenüber. Noch nicht bekannt ist das Ergebnis der Erfolgsrechnung. Mit einem mutmasslichen Aufwandüberschuss von 5 Milliarden Franken erhöht sich der Fehlbetrag der Bilanz auf über 40 Milliarden. Gleichzeitig ist der Schuldenberg auf deutlich über 80 Milliarden angewachsen.

### Kredite von 2,5 Milliarden ungenutzt

Die Ausgaben nahmen 1995 gegenüber dem Budget um knapp 1,9 Milliarden (4,4 Prozent) ab. Nachtragskredite von

650 Millionen wurden durch Kreditreste von rund 2,5 Milliarden weit überkompensiert. Stark ins Gewicht fielen namentlich nicht beanspruchte Mittel für die Arbeitslosenversicherung. Tiefere Zinssätze und geringere Kantonsanteile ermöglichten Einsparungen von 500 Millionen. Im Vergleich zur Rechnung 1994 gingen die Ausgaben um 813 Millionen (2,0 Prozent) zurück.

Die Einnahmen flossen um 947 Millionen (2,9 Prozent) reichlicher als erwartet. Dass dabei die Mehrwertsteuer 1,2 Milliarden mehr einbrachte, ist einmaliger Natur und nur auf die zeitliche Rechnungsabgrenzung im Einführungsjahr zurückzuführen. Unter dem Soll blieben namentlich die Verrechnungssteuer und die direkte Bundessteuer. Die Arbeitslosenversicherung konnte erste 300 Millionen an Darlehen zurückzahlen. Insgesamt nahm der Bund eine gute Milliarde oder 2,6 Prozent mehr ein als 1994. ■

### Fortsetzung von Seite 7

präventiv wirken würde. Sie würde einen Druck auf Verwaltung und Politik erzeugen, die gezielten strukturellen Massnahmen zum Erfolg zu führen.

Neue Ausgaben ohne gleichzeitigen Finanzierungsbeschluss dürfen nicht mehr beschlossen werden. Wir müssen uns dazu aufrufen, vermehrt Nein zu sagen. Das braucht politischen Mut.

Unser Volk und viele Interessengruppen werden in den nächsten Jahren Opfer bringen müssen, wenn die Politiker ihre Verantwortung ernst nehmen. Wenn man dem Volk Opfer aufbürdet, kann man nicht gleichzeitig einzelnen Interessengruppen Geschenke machen.

### Maximalpositionen verlassen

Alles das zu bewältigen ist eine grosse und anspruchsvolle Auf-

gabe. Sie ist nur zu bewältigen, wenn die tragenden politischen Kräfte des Landes den Willen aufbringen, sie gemeinsam anzugehen, Maximalpositionen zu verlassen und tragfähige Kompromisse zu suchen.

Das alles tönt nicht nach Aufbruch zu neuen Ufern. Die Zeit ist auch nicht danach. Trotzdem brauchen wir Visionen nicht zu begraben. Unsere Chancen sind intakt, wenn wir den Mut aufbringen, das Notwendige zu tun. Einen starken, soliden, leistungsfähigen, finanziell gesunden, aber begrenzten und demokratisch kontrollierten Staat zu haben, der den Menschen Freiräume zur Entwicklung ihrer kreativen Initiativen belässt, ist auch eine Vision, für die einzutreten es sich lohnt.

Dazu fordere ich uns alle auf! ■

## KOMMENTAR

# Der Bundeshaushalt und seine Schwierigkeiten

Die Führung des Bundeshaushaltes ist aus verschiedenen Gründen nicht einfach. Ein nicht zu unterschätzender Faktor ist die Tatsache, dass die Kompetenz für die Ausgabenbewilligung und die Kompetenz zur Einnahmenbeschaffung auf Bundesebene nicht in der gleichen Hand liegen. Die Ausgabenkompetenz steht abschliessend dem Parlament zu. Die Einnahmenbeschaffung dagegen unterliegt dem fakultativen, oft sogar obligatorischen Referendum. Die verschiedenen Arten von Bundessteuern und -abgaben sind auf Verfassungsstufe fixiert, und zwar oft samt den entsprechenden Sätzen. Soll etwas geändert werden, braucht es deshalb zumindest eine Gesetzes- oder sogar eine Verfassungsrevision.

### Ausgabendisziplin dank direkter Demokratie

Dagegen ist nichts einzuwenden. Im Gegenteil. Die Tatsache, dass unsere Steuerbelastung im internationalen Vergleich vorläufig noch vertretbar ist, verdanken wir weitgehend der ausgeprägten Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger.

Erschwerend aber ist, dass es auf Bundesebene keine alljährliche Festsetzung eines Steuerfusses gibt. Diese Tatsache begünstigt das Auseinanderklaffen von Wirtschaftsentwicklung und Ausgabenwachstum, wie wir es in den letzten Jahren in einem bedrohlichen Ausmass erlebt haben.

### Ein Gebot der Stunde

Zwar verpflichtet die Bundesverfassung, den Fehlbetrag der Bilanz abzutragen, doch darf an der notwendigen Verfassungstreue gezweifelt werden. Das Parlament entscheidet von Fall zu Fall, meist unter massiver Einflussnahme der interessierten Kreise. Die Frage, ob und

wann die dafür erforderlichen Einnahmen zu erzielen sind, tritt dabei in den Hintergrund.

Aus diesem Grund sind institutionelle Massnahmen zur Unterstützung von Bundesrat und Parlament bei der unerlässlichen Defizit- und Verschuldungsbegrenzung ein Gebot der Stunde.

Mit der Annahme der Ausgabenbremse haben Volk und Stände am 12. März 1995 deutlich gemacht, dass sie vom Parlament mehr Disziplin erwarten und auf geordnete öffentliche Finanzen Wert legen. Es braucht aber noch weitere Leitplanken.

### Schuldenbremse unerlässlich

Nach verschiedenen parlamentarischen Vorstössen unterbreitet nun der Bundesrat eine Vorlage über eine Schuldenbremse.

Es handelt sich um erfreulich konsequente Vorschläge. Betont werden muss allerdings, dass die Schuldenbremse – so wenig wie die Ausgabenbremse – alleine bereits zur Gesundung des Haushaltes führt. Es sind keine Sanierungsmassnahmen, sondern Leitplanken für das Parlament, welche die Hürden für das Übermarchen höher setzen. Sie können also helfen, zu geordneten finanziellen Verhältnissen zurückzukehren, und verhindern nach der Erreichung dieses Ziels ein neues unkontrolliertes Anwachsen des Fehlbetrages.

Es ist zu hoffen, dass die Schuldenbremse in der Vernehmlassung in breiten Kreisen eine positive Aufnahme finden wird.

Von Vreni Spoerry,  
Ständerätin ZH

## VORANZEIGE

## Delegiertenversammlung in Montreux

Am Freitag und Samstag, 12. und 13. April 1996, findet in Montreux die ordentliche Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz statt.

Neben einem politischen Schwerpunktthema am Freitag stehen am Samstag die statutarischen Geschäfte auf dem Programm. Hierbei wird es auch darum gehen, statutengemäss die Organe der FDP der Schweiz wie Präsidium, Geschäftsleitung und Delegiertenrat neu zu bestellen.

Ebenso werden am Samstag die Abstimmungsvorlagen vom 9. Juni 1996 behandelt werden. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses standen diese zwar noch nicht definitiv fest. Es wird sich aber wahrscheinlich um die Regierungsreform (Staatssekretäre) und den neuen Verfassungsartikel über die Landwirtschaft handeln.

Bitte reservieren Sie sich das Datum dieser Veranstaltung. Die vollständige Einladung finden Sie im nächsten «Freisinn».

## Parolen der FDP Schweiz

Revision des Sprachenartikels in der Bundesverfassung **JA**

Übertritt der bernischen Gemeinde Vellerat zum Kanton Jura **JA**

Aufhebung der kantonalen Zuständigkeit im Bereich der persönlichen Ausrüstung der Armeeingehörigen **JA**

Aufhebung der Pflicht zum Ankauf von Brennapparaten und zur Übernahme von Branntwein **JA**

Aufhebung der Bundesbeiträge an Bahnhof-Parkplatzanlagen **JA**

## Amtl. bew. Unfug

Die legendäre, für viele berüchtigte Behauptung an der Weltausstellung in Sevilla, «La Suisse n'existe pas», erhält Konkurrenz. Sie kommt weder von Künstlerinnen noch von Schriftstellern oder andern als unsicher geltenden Kantonten, nein.

Das eine neue Kontroverse entfachende Verdienst gehört eidgenössischen Experten. Sie erfüllen in der KOKO, der Kommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland, den Auftrag, das helvetische Ansehen zu mehren und unsere Stärken ins günstige Licht zu rücken. Zu diesen zählt fürs hohe Gremium, dass wir uns gerne selber auf den Arm nehmen, unsere Geschichte als Cabaret verstehen und selig hinter dem Mond leben.

Was wie ein Fasnachts- oder Aprilscherz klingt, entspricht der Wirklichkeit. Die Kommission hat es sich angelegen sein lassen, über die Schweiz für den Einsatz im Ausland eine CD-ROM zu produzieren, die «Swiss Click» heisst, aber mit «Swiss Gag» oder «Swiss Slapstick» präziser benannt wäre. Das enzyklopädische Werk kostete eine halbe Million und enthält eine amtliche Sammlung herrlicher Peinlichkeiten.

Auf Tastendruck zum Beispiel diese: «Der Schweizerfranken ist gesund und funktioniert trotz aller Unordnung in der Welt: hier ist eine Währungszuflucht.» Oder: «Die Schweiz akkumuliert den Reichtum der Welt wie der Welt-Krisenfonds.» Und: «Die Globalisierung des Marktes ist ein internes Drama für die Schweiz.» Dass St. Moritz im Westen des Landes liegt, gehört zum harmlosen Teil des Unfugs – jedenfalls gemessen an Aussagen wie «Das erste grosse Ereignis in Sachen Arbeit ist der Generalstreik von 1918» und «Es war infolge eines Geschäftes, dass wir uns dem Humani-

tären ver-schrieben.» Diese profunde Sachkenntnis wird nur noch



übertraffen von der federnden Eleganz der Sprache. Die elektronische Heimwerkerei wendet sich an ein Zielpublikum, das mangels Vergleichsmöglichkeiten für bare Münze nimmt, was hanebüchener Mumpitz ist. Wir dürfen immerhin hoffen, dass die allzu eifrige Nutzung unterbleibt, weil «Swiss Click» technisch schon veraltet ist. Wer den Schaden hat, muss um den Spott nicht bangen. Es sei denn, dass unsere Diplomaten dem Land dienen und nicht der KOKO und den digitalisierten Schrott zuunterst in den Sondermüll legen.

Diese Empfehlung geht wärmstens auch ans EDA. Eine Nation, die «den Reichtum der Welt wie der Welt-Krisenfonds» akkumuliert, kann die durch die Entsorgung entstehenden Kosten leicht verkraften. Nach Schuldigen zu fragen erübrigt sich: jeder in der KOKO besitzt bürokratischen Reflex genug, um sich schlimmstenfalls hinter externen Fachleuten verstecken zu können.

Wir schütteln den Kopf und reiben uns die Augen. Namhafte Persönlichkeiten wirken in der KOKO mit. Es ist schleierhaft, wie ihr dieses Malheur passieren konnte: nicht etwa in der Hitze des Gefechts, sondern als Ergebnis einer Jahre dauernenden Planung und Realisation. Die einfachsten Kontrollmechanismen haben versagt. Das zwingt in Zeiten des Spardrucks und der Notwendigkeit, die Beziehungen mit dem Ausland professionell zu fördern, der KOKO sofort zu verbieten, was nach ihrer Einschätzung die ganze Schweiz tut: selig bastelend hinter dem Mond zu leben.

Alex Bänninger, Publizist,  
Präsident des Freisinnigen  
Presseverbandes  
der Schweiz

unsere Produkte und Dienstleistungen öffnen. Integration aber ist ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Auch wir haben die Grenzen für unsere Partner zu öffnen. Denn die Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmen hängt zu einem grossen Teil von der eigenen Offenheit ab. Auf Nichtdiskriminierung ist mit Nichtdiskriminierung zu antworten.

■ Bei der Entwicklung neuer Produkte wird der Aufwand für die Forschung immer grösser. Wir müssen die Reformen in der Aus- und Weiterbildung, in der Forschung und Entwicklung sowie in der Übertragung von neuem technologischem Wissen resolut weiterführen. Unser einziger und damit wertvollster Rohstoff ist das Humankapital, und wir leisten uns den Luxus, Forschungsstellen ins Ausland zu transferieren, weil wir nicht in genügendem Masse eigene Forscher ausbilden. Es muss als grosser Misserfolg gewertet werden, wenn wir in der heutigen Zeit auch nur einen einzigen Forschungsplatz abwandern lassen.

■ Es ist unumgänglich, dass wir die Investitionen in wertschöpfungsintensive Produkte verstärken. Nur so werden wir in Zukunft genügend neue Arbeitsplätze schaffen können. Diese Politik bekräftigt die wirtschaftliche Notwendigkeit der Finanzreform. Sie zielt unter anderem darauf ab, produktives Kapital wieder vermehrt dem Privatsektor zuzuführen.

■ Der Umfang der Aufgaben nimmt heute laufend zu, ohne dass dafür aber mehr Zeit zur Verfügung steht. Trotzdem müssen wir weiterfahren, unsere öffentlichen Institutionen zu reformieren, um deren Leistungsfähigkeit zu verbessern, deren Effizienz zu steigern und die Entscheidungsfindung zu beschleunigen. Dies ist eine *Conditio sine qua non* für die Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit.

### Die Erneuerung hat begonnen

In diesem Sinne ist die Bilanz der letzten Legislaturperiode als positiv zu werten. Noch nie haben Bundesrat und Parlament in so kurzer Zeit derart umfassende

Reformen realisiert: in bezug auf die weltwirtschaftliche Integration die Schaffung der neuen Welthandelsorganisation (WTO); in bezug auf die Revitalisierung der Wirtschaft das neue Kartellgesetz, das Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse, das Binnenmarktgesetz sowie die Schaffung von Fachhochschulen.

Es geht aber auch darum, festzuhalten, dass wir den entscheidenden Durchbruch in dem Schlüsselbereich unserer europäischen Integrationspolitik nicht geschafft haben. Wir müssen unsere Anstrengungen weiterführen, um die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Marginalisierung der Schweiz zu verhindern.

Die Unterstützung aller bei der Weiterführung der umfassenden Reformen und der marktwirtschaftlichen Erneuerung im speziellen wird in Zukunft entscheidend sein. Die Reformprozesse werden uns dauerhaft in Anspruch nehmen.

### Vom Reformieren

Reformieren bedeutet nicht, neue Gesetze zu erlassen und alte abzuschaffen. Der Wille zur Reform muss zu einer Grundhaltung werden, die vom Geist und vom Herzen getragen ist, damit die Schweiz auch in Zukunft zur Gruppe der wirtschaftlich erfolgreichsten Staaten gehört. Dies bedingt die Bereitschaft, die liebgewonnenen, aber nicht mehr zeitgemässen Gewohnheiten und Ansichten über Bord zu werfen. Wir müssen auch für Neues offen sein.

Wir müssen bereit sein, uns ständig zu hinterfragen. Wir müssen eigenverantwortlich und visionär agieren und nicht erst handeln, wenn das Diktat von aussen gegeben wird oder wenn die Zeichen der Zeit uns zur Reaktion zwingen.

Ich hoffe sehr, dass das neue Legislaturprogramm von dieser Dynamik begleitet sein wird.

Wir müssen uns einsetzen für eine effiziente, ökologische und auf die Bedürfnisse des Marktes ausgerichtete Landwirtschaft;

## KOMMENTAR

### Gefragt ist Standfestigkeit

*MRS* Es wird wieder viel gesprochen über Wirtschaftspolitik, marktwirtschaftliche Erneuerung und deren Folgen. Auslöser dieser Diskussion war das Weissbuch «Mut zum Aufbruch». Die Reaktionen offenbarten: Viele reden über wirtschaftspolitische Vorschläge, von denen nur wenige wissen, worüber sie denn eigentlich sprechen. Für die Auseinandersetzungen wurde folgerichtig der verbale Zweihänder bemüht, und diesen liess man auf die Autoren, aber selten auf den Inhalt niedersausen. Und allzu oft lautete die Konklusion, jetzt seien der Reformen vorerst einmal genug.

Seit dem ablehnenden EWR-Entscheid fordern sämtliche Parteien verstärkte Anstrengungen zur marktwirtschaftlichen Erneuerung der Schweiz. Nach drei Jahren intensiven Redens hört man die ersten Stimmen, die sagen, es sei nun genug reguliert worden. Doch wer solches fordert, verkennt die Lage gründlich: Die Hausaufgaben sind noch lange nicht gemacht, sondern haben erst begonnen. Und wie früher im Klassenzimmer folgen auf die anfänglich einfacheren, bereits erledigten Aufgaben die eigentlichen Herausforderungen, welche den vollen Einsatz fordern. Und es gilt ebenso, dass einzig darüber reden nicht weiterhilft.

Bei der Totalrevision des Kartellgesetzes, der Verabschiedung des Binnenmarktgesetzes, des Gesetzes über die technischen Handelshemmnisse und der Neugestaltung des Submissionswesens liess der Gesetzgeber den Worten Taten folgen. Interessant zu sehen war, dass selbstdeklarierte Ordnungspolitiker und Wettbewerbshüter von links und rechts dabei bereits die Orientierung verloren haben. Doch auch anderswo folgten hehren Absichtserklärungen und wolkigen Lippenbekenntnissen wi-

dersprüchliche Taten. Die wirtschafts- und wettbewerbsfreundlichen Töne der SP etwa stehen in schillerndem Kontrast zu ihren programmatischen Aussagen, die neuerdings zwar an der Oberfläche mit einer ordentlichen Portion Weichspüler behandelt wurden, ideologisch aber im Grundsatz nicht anders als früher daherkommen. Diese Haltung hat konkrete Folgen: Ist von Wettbewerb etwa auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt die Rede, fällt das dünne marktwirtschaftliche Feigenblatt sofort, und dem Staatsinterventionismus wird weiterhin das Wort geredet.

Schnell also werden hehre marktwirtschaftliche Bekenntnisse über Bord geworfen, wenn es konkret wird. Doch noch stehen die grossen Herausforderungen an: Der Telekommunikationsbereich und mit ihm die Telecom muss in die Freiheit entlassen werden, und auch im Postsektor ist der Weg zum Wettbewerb noch weit. Der vielgeforderte Abbau des helvetischen Perfektionismus und der überbordenden Bürokratie harret weiter einer Lösung, derweil den Unternehmen die Kosten davonrennen. New Public Management erschöpft sich nicht in der Einführung der Globalbudgetierung bei einzelnen Kostenstellen der Verwaltung. Und auch die Bundesfinanzen – ein zentraler Standortfaktor – sind noch nicht saniert.

Die nächsten Monate werden zeigen, ob der Wille und die Standfestigkeit überall vorhanden sind, die begonnene Liberalisierung konsequent fortzuführen. ■

Fortsetzung auf Seite 12



«Der Wille zur Reform muss zu einer Grundhaltung werden, die vom Geist und vom Herzen getragen ist.» Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz an der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Rapperswil vom 20. Januar 1996. (Photo Ruti)

## Den Reformwillen und den inneren Zusammenhalt stärken

**Von Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz**

Die Hoffnung der Schweiz darf nicht auf anderen Staaten ruhen. Ihre Hoffnung gibt sich die Schweiz selbst, sie ist ein Bestandteil der Schweiz. Und diese Hoffnung wird dann Realität, wenn wir Schweizer fähig sind, unserem Land zwei wichtige Impulse zu geben:

■ Der erste Impuls entsteht aus einem permanenten Reformwillen, im öffentlichen wie im privaten Bereich. Nur dadurch wird sich unser Land vollumfänglich auf die Bedingungen des 21. Jahrhunderts einstellen können.

■ Der zweite Impuls erwächst aus der Kohäsion im Innern und

aus der Solidarität der Gesellschaft. Diese Lebenshaltung gilt es mit gemeinsamen Kräften wiederzuerlangen.

Wenn unsere Reformen misslingen, dann wird die Schweiz ihren Platz in der Spitzengruppe der hoch entwickelten Ländern verlieren. Die Schweiz wird ihre Prosperität einbüßen und damit auch ihre Unabhängigkeit. Das Bestreben jedes einzelnen Individuums nach Freiheit und Wohlbefinden würde kompromittiert.

### Keine Schweiz der verschiedenen Geschwindigkeiten

Wenn wir den Weg zur inneren Kohäsion nicht finden, werden wir der Schweiz tiefe Wunden zufügen. Nichts verwundet und zerstört ein Land mehr als eine tiefe

Kluft zwischen den einzelnen Regionen und zwischen den Menschen. Wir müssen eine Schweiz der verschiedenen Geschwindigkeiten verhindern. Während über siebenhundert Jahren ist uns dies gelungen.

Reform bedeutet in einem ersten Schritt erhalten! Erhalten einer Schweiz der individuellen Freiheiten, einer vereinigten Schweiz und einer direktdemokratischen Schweiz.

Reform bedeutet erst in einem zweiten Schritt verändern, anpassen an die Erfordernisse der Zeit. Eine sich laufend schneller verändernde, zunehmend vernetztere Welt zwingt uns zu einem immer höheren Rhythmus. Dies erfordert ein flexibles Anpassen des Verhaltens, der

Politik, der Institutionen sowie der Prozesse und Praktiken.

### Einstellen auf neue Bedingungen

Besonders im öffentlichen Leben müssen wir uns besser auf die neuen Bedingungen einstellen: ■ Wir sind nicht mehr alleine auf dieser Welt. Rochefoucauld vermerkte bereits vor rund dreihundert Jahren, «qu'il serait folie que d'être sage tout seul». Diese Aussage trifft in der heutigen Zeit für ein Land erst recht zu. Wir werden morgen zu uns selbst finden, wenn wir uns von Grund auf reformieren, ohne unsere globale und europäische Integration zu vernachlässigen.

■ Integration ist – so unsere gängige Auffassung –, wenn die anderen zuerst ihre Grenzen für

Fortsetzung von Seite 11

ich plädiere für eine gegenüber Europa und anderen Regionen dieser Welt offene Schweiz.

In den anderen Bereichen erwähne ich die Postdienste, die Telekommunikation, den Transport, die Energie und die Finanzierung der Sozialwerke.

### Der Autopilot führte zu lange

Wir bauen nicht die Schweiz von gestern – sie existiert bereits! Wir bauen die Schweiz der Jugend. Dies erreichen wir durch unseren permanenten Willen, uns zu verändern. Das bedingt aber auch eine Schweiz des wiedergefundenen inneren Zusammenhalts und der Solidarität.

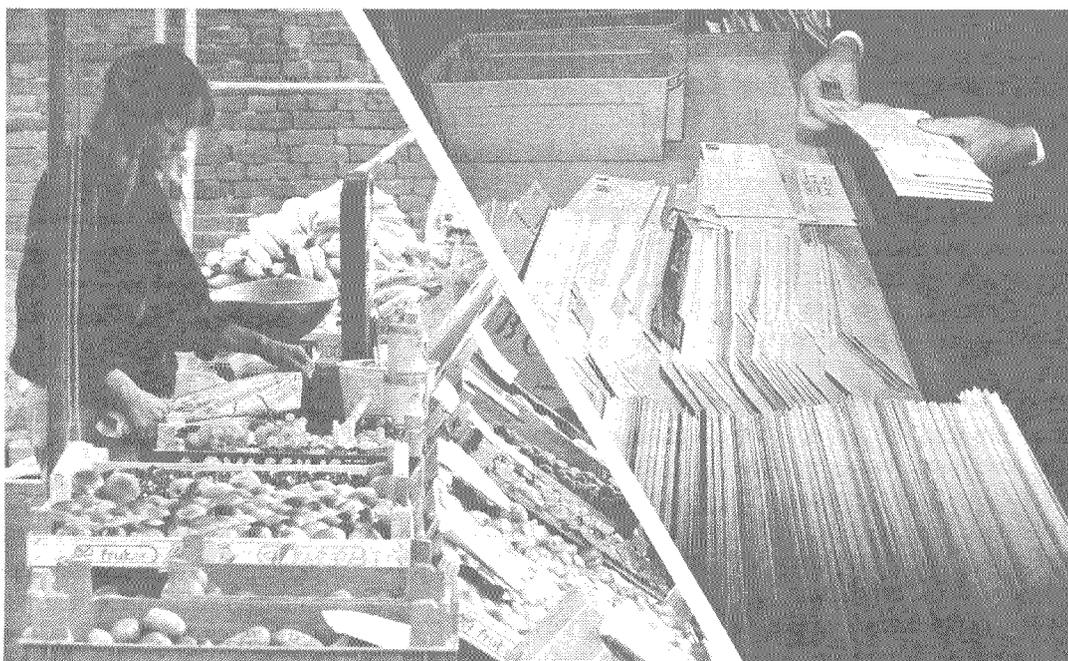
In unserer Geschichte erleben wir in den letzten neun Jahren etwas Einmaliges: wirtschaftliche Prosperität und Vollbeschäftigung. Die Schweiz trug in dieser Zeit stets das «maillot jaune» der hochentwickelten Industrieländer. Dies kam nicht von ungefähr: Es war der Schaffenskraft der Schweizerinnen und Schweizer zu verdanken. Das internationale Umfeld hingegen war im Vergleich zu heute wesentlich einfacher.

Während dieser Zeit hat sich die gesellschaftliche Bindung des Einzelnen, der Sinn für das gemeinsame Schicksal abgeschwächt. Wir hatten zu oft die Tendenz, die Schweiz durch den Autopiloten führen zu lassen, in der Annahme, alles gehe von selbst. In diesem Umfeld stellte die gut schweizerische Konsensusuche kein spezielles Problem dar. Die Hochkonjunktur hat diese Suche künstlich genährt.

### Touristen ohne Regenschirm

Der wirtschaftliche Rückschlag gegen Ende der 80er Jahre hat uns überrascht. Wir mussten uns wie Touristen fühlen, die plötzlich – und ohne Regenschirm – von einem heftigen Gewitter heimgesucht werden.

Glücklicherweise ist die Schweiz nicht auseinandergefallen. Aber diese Umwandlung einer Konsensfindung während einer Schönwetterperiode in eine solche bei stürmischem Klima



Die Marktkräfte stärken: Nach Kartellgesetz und Binnenmarktgesetz geht es nun um die Liberalisierung bei Post, Telecom und Bahn. (Photos Stahl)

wurde schwieriger, in manchen Phasen fast unmöglich. Es ist vergleichbar mit einem Muskel, der zu lange nicht mehr aktiv betätigt wurde. Plötzlich funktioniert er nicht mehr.

So waren wir diesem Wetterumschwung in ungünstiger Ausgangslage ausgesetzt. Gräben haben sich geöffnet, die wir bisher verdrängt haben: solche zwischen Sozialpartnern, zwischen Jungen und nicht mehr ganz Jungen, zwischen Reichen und weniger Reichen, zwischen den Regionen des Landes.

Es war die «classe politique», die das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz alleine gestalten musste. Dieses Gesetz führte zu Frontalzusammenstößen. Dasselbe erlebten wir bei der Ausgestaltung der Regionalpolitik, die für ein föderalistisches Land wie die Schweiz unentbehrlich ist.

So kann es nicht weitergehen. Der Staat kann wohl seinen Beitrag leisten, aber er kann es nicht alleine. Ich appelliere diesbezüglich an die Eigenverantwortung des Einzelnen, an die Wiederherstellung einer gegenüber heute viel stärkeren inneren Kohäsion sowie an eine Solidarität, die zur Selbstverständlichkeit wird.

### Der gemeinsame Rasen zählt!

Es kommt nicht von ungefähr, dass die Schweiz die einzige

Demokratie der Welt ist, deren Verfassung eine Konsultation vorsieht, bevor ein politischer Entscheid gefällt wird. Dieser Entscheid untersteht erst noch der Referendumpflicht. Das aktive Mitdenken und die Gestaltungskraft aller Bürger ist gefragt. Darum appelliere ich an alle Organisationen und Institutionen der Schweiz: Pflegt weiterhin euren Garten, aber vergesst den gemeinsamen Rasen nicht!

Bei diesen Organisationen denke ich vor allem an die politischen Parteien, unter anderem an die FDP. Sie soll dazu beitragen, durch Ideen und ihre Begeisterungsfähigkeit ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl in der schweizerischen Gesellschaft zu entwickeln.

Wir missachteten das Gemeinwohl, wenn wir in jeder Situation die farbloseste und geschmackloseste Lösungsvariante wählen würden. Die Regierung muss auch unpopuläre Entscheide treffen. Dabei ist aber ihre wichtigste Pflicht, das innere Gleichgewicht und die Harmonie zu stärken.

Gegenwärtig gibt es viele Vorschläge. Die einen fordern mehr soziale Verantwortung, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Wirtschaft von der Nachfrageseite her zu beleben. Andere möchten lieber der Wirtschaft den Vorzug geben, um unsere

Konkurrenzfähigkeit zu verbessern. Die Regierung muss die Lage in Ruhe analysieren und auf alle Vorschläge eingehen. Dabei gibt es keine Tabus. Man erwartet vom Staat ein umfassendes Beurteilungsvermögen, das auf Massnahmen zielt, die Gemeinwohl langfristig sichern.

### Machbares und Wünschbares unterscheiden

Für mich ist klar: Wir müssen die Rahmenbedingungen verbessern, die Auftragsbücher der Unternehmen füllen, neue Arbeitsplätze schaffen, und zwar nicht nur in den KMU, sondern auch in den Grossunternehmen. Dabei müssen wir uns bewusst sein, was uns Verbesserungen im Sozialbereich bringen und was für zusätzliche Kosten sie uns aufbürden. Man muss sich vor Augen führen, dass in Zukunft immer weniger Erwerbstätige für immer mehr Nichterwerbstätige aufkommen müssen.

Dann können wir das Machbare vom Wünschbaren unterscheiden. Wir müssen mit konkreten Zahlen arbeiten. Es gilt unter anderem zu verhindern, den Prozess damit zu starten, die sozialen und ökologischen Errungenschaften zu opfern. Ich bin bereit, diesen Weg in einer Zeit der Herausforderungen zu beschreiten, in der es nicht darum geht, die Schweiz zu verwalten, sondern ihr zu dienen. ■

# Die Staatssekretäre sind nicht überflüssig

FDP-Ständerat  
René Rhinow, Seltisberg BL

Gegen das neue Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz ist das Referendum ergriffen worden. Stein des Anstosses ist einzig und allein die Einführung von maximal 10 Staatssekretären, welche die Mitglieder des Bundesrates bei ihrer Führungstätigkeit unterstützen und entlasten sollen.

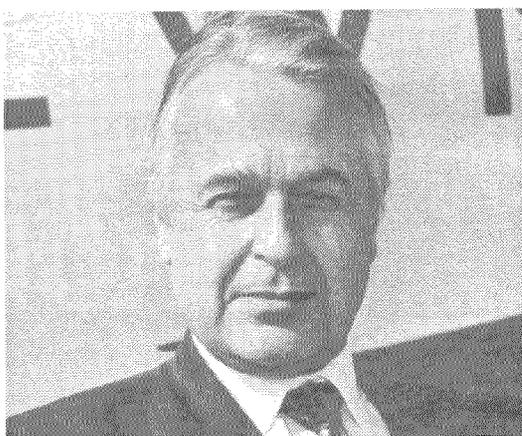
Was will das neue Gesetz, welches das alte Verwaltungsorganisationsgesetz von 1978 ablöst? Es geht vor allem darum, den in letzter Zeit wesentlich erschwerten Bedingungen der Staatsführung Rechnung zu tragen und Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Bundesrat seine Führungsaufgabe und die Verwaltung ihre Funktionen wirkungsvoller wahrnehmen können.

## Drei Neuerungen

Einmal ermächtigt das Gesetz den Bundesrat, bis zu 10 Staatssekretäre einzusetzen. Diese sind den einzelnen Departementsvorstehern unterstellt und werden mit «Führungsfunktionen in wichtigen Aufgabenbereichen der Departemente» oder mit «departementsübergreifenden Aufgaben von besonderer Tragweite» betraut. Sie können die einzelnen Mitglieder des Bundesrates vertreten. In den Plenarverhandlungen der beiden Räte aber nur, wenn sie vorher vom Parlament bestätigt worden sind.

Dann wird mit diesem Gesetz die Grundlage dafür geschaffen, dass der Bundesrat «seine» Verwaltung in eigener Kompetenz (neu) organisieren kann. Heute bedarf es für die Verschiebung von Bundesämtern zwischen den Departementen einer Zustimmung durch die Bundesversammlung.

Drittens schliesslich wird den Vorstellungen einer modernen, wirkungsorientierten Verwal-



Sie sind bereits Staatssekretäre: Franz Blankart und Jakob Kellenberger.

tungsführung Rechnung getragen. Nach Art. 6 hat der Bundesrat «die Aufgaben des Bundes und ihre Erfüllung sowie die Organisation der Bundesverwaltung regelmässig auf ihre Notwendigkeit» zu überprüfen – ein dringend notwendiger Auftrag! Vor allem wird erstmals auf allgemeiner Basis ermöglicht, dass in Verwaltungsbereichen mit einem Leistungsauftrag die Rechnungslegung abweichend von den allgemeinen Grundsätzen geregelt werden können (New public management).

## Spielraum für Führung schaffen

Dieses Gesetz entspricht wiederholt erhobenen Postulaten der FDP, welche die Regierungs- und Verwaltungsreform initiiert und unterstützt hat. Immer wieder wird der Vorwurf erhoben, der Bundesrat als Kollegium führe zuwenig. Dies ist zu einem wesentlichen Teil auf die Überlastung der Regierungsmitglieder zurückzuführen, die nicht ausreichend Zeit für die Arbeit im Kollegium aufbringen können. Der Bundesrat braucht und will nun endlich auch Unterstützung – im Interesse einer glaubwürdigen und vertrauenswürdigen Staatsleitung. Dafür muss er über einen gewissen Spielraum verfügen, wie er die Departementsleitung und die Zusammenarbeit organisiert. Dies ist in

jedem Unternehmen selbstverständlich! Warum soll dies verunmöglicht werden?

## Irreführende Argumentation

Die Gegner wenden sich «gegen eine aufgeblähte Staatsverwaltung» und gegen phantasievoll «geschätzte» Kosten von 10 Millionen Franken jährlich, weil jeder Staatssekretär (mit Infrastruktur) auf 1 Million Franken zu stehen komme. Diese Behauptungen sind irreführend und unzutreffend. Die Staatssekretäre sind keine Beamten, sondern erhalten einen besonderen Status, der sie gerade von der Verwaltung abheben soll. Im Gesetz ist zudem festgelegt, dass der Stellenplafond deswegen nicht erhöht werden darf. 3 Staatssekretäre haben wir übrigens schon, so dass es nur um höchstens 7 neue geht. Wie kann man da bei 30 787 Beamten im Ernst von einer Aufblähung der Verwaltung sprechen?

Die Gegner übersehen (bewusst?), dass mit diesem bescheidenen ersten Schritt der Regierungs- und Verwaltungsreform der Bundesrat gestärkt werden soll und gerade nicht die ohnehin schon mächtige Verwaltung. Und sie verschweigen, dass es um viel mehr geht als nur um die Staatssekretäre. Es geht um die Straffung der Strukturen, um ein effizienteres Management,

wie es in der Privatwirtschaft gang und gäbe ist.

## Eldorado für Populisten

Es ist einfach und ein Eldorado für Populisten aller Schattierungen, gegen die Verwaltung losziehen und auf der Welle einer bestehenden Vertrauenskrise zu reiten. Die «Wirtschaftsförderung» schreibt völlig zu Recht, es handle sich hier um eine «sanfte Reform», die Regierung und Parlament «die längst benötigte Möglichkeit» biete, das Führungs- und Verwaltungsmanagement effizienter zu organisieren. Aber täuschen wir uns nicht: Die Vertrauenskrise wird weiterhin zunehmen, wenn es uns nicht gelingt, unsere Institutionen zu reformieren, damit die politischen Behörden wieder eine für die Bürgerinnen und Bürger überzeugende, in die Zukunft weisende, verständliche und offene Politik betreiben können. ■

Garten- und Landschaftsarchitekten,  
Erdbauingenieure

100 Jahre  
Erfahrung,  
Dynamik,  
Tradition

Ein  
Jahrhundert  
für unsere  
Umwelt

**Spross**

Wir planen, bauen, sanieren  
und pflegen auch Ihren Garten  
für Ihre sympathische Umwelt

**Spross Ga-La-Bau AG** Zürich  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62



*Handwritten signatures of the seven members of the Federal Council, including names like A. Kohler, M. Lehmann, and others.*

## Neue Autogrammkarte

Auf Grund der regen Nachfrage hat die Bundeskanzlei beschlossen, dieses Jahr wiederum eine Autogrammkarte des Bundesrates 1995 herauszugeben. Der Farbdruck erscheint zum vierten Mal und zeigt die sieben Mitglieder des Bundesrates in protokollarischer Reihenfolge sowie den Bundeskanzler und enthält die Unterschriften der Abgebildeten. Die Auflage beträgt 10 000 Exemplare. Die Autogrammkarte kann unter Beilage einer adressierten Klebeetikette beim Informationsdienst der Bundeskanzlei, 3003 Bern, bezogen werden. ■

## VERANSTALTUNGEN

### Jahresterminkalender 1996

#### März

4.–22. Frühjahrsession  
10. Eidgenössische Abstimmung

#### April

11. Sekretärenkonferenz/Geschäftsleitung  
12. Delegiertenrat/Fraktionssitzung  
12./13. Ordentliche Delegiertenversammlung (Montreux)

29.– 3. Mai Sondersession

#### Mai

24./25. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

#### Juni

3.–21. Sommersession

9. Eidg. Abstimmung  
12. Fraktionsausflug  
21. Geschäftsleitung

#### Juli

ANTHONY HOPKINS

AN OLIVER STONE FILM

# NIXON

Oscar® Nomination '96  
Bester Schauspieler  
Anthony Hopkins

Er hat die Welt verändert.  
Und eine ganze Nation verraten.

WOODHOOD PICTURES ANDREW G. WANA... OLIVER STONE ANTHONY HOPKINS "NIXON"  
DAN ALEN POWERS BOOPF ED HIRS BOB HOSONG EG MARSHAL DAVID HANDE DAVID HIR PERCE PAUL CORINO MARY STEUBEREN IT WASH ANSEY  
JOHN WILGANG WESC HAWKES DAN HULTZ GEORGE HONING SHANK COVAIN BIAN BERAN VICKI HARSHET JIM FORESTIC-HIPPER  
REDFERN WREX CHRISTOPHER WILSON OLIVER STONE "CAPTAIN D'AMERICO" OLIVER STONE ANDREW G. WANA  
CINEMA

Jetzt Besten Video Internationaler MOVIE-REX der INTERNET: <http://www.bayern.de/BV/>

## JETZT IM KINO!

#### August

16. Sekretärenkonferenz/Geschäftsleitung/Delegiertenrat  
17. a. o. Delegiertenversammlung (Bern)  
19.–23. JBS-Universität d'été, Neuchâtel

#### September

6./7. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

16.–4. Okt. Herbstsession

22. Eidg. Abstimmung

#### Oktober

18. Sekretärenkonferenz/Geschäftsleitung/Delegiertenrat, Basel  
19. a. o. Delegiertenversammlung (Basel)

#### November

15./16. VorseSSIONALE Fraktionssitzung (Zibele-Märit-Treffen)

25.–13. Dez. Wintersession

27. Wahlfeiern NR-/SR-Präsident

#### Dezember

1. Eidg. Abstimmung  
4. Vereinigte Bundesversammlung  
5. Wahlfeier Bundespräsident  
10. Treffen Presseverband mit Fraktion  
13. Geschäftsleitung

# Politische Schwergewichte am Frauenkongress

2300 Teilnehmerinnen fanden sich vom 19. bis zum 21. Januar am überparteilich organisierten 5. Schweizerischen Frauenkongress in Bern ein. Präsiert wurde der Kongress von FDP-Nationalrätin Christiane Langenberger, SGB-Sekretärin Margrit Meier und der CVP-Grossrätin und Vizepräsidentin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, Chiara Simoneschi-Cortesi. Gastrednerinnen waren Italiens Aussenministerin Susanna Agnelli und Bundesrätin Dreifuss sowie vier junge Frauen aus allen Landesteilen.

Gabriela Winkler, Oberglatt

Der Kongress war geprägt von Begegnung und Zusammenarbeit über alle ideologischen Grenzen hinweg und vom Respekt vor Andersdenkenden. Trotz vielen Nuancen und differenzierten Ansichten einigten sich die Organisatorinnen auf vier Hauptthemen mit entsprechenden Thesen.



Ein Teil des Vorstandes bei der Arbeit auf dem Schlusspodium: v. l. n. r. Chiara Simoneschi-Cortesi, Christiane Langenberger, Ursula Cridazzi, Gabriela Winkler, Margrit Meier.

## Frauen wollen eine offene Schweiz

Erstmals äusserten sich die Schweizer Frauen dezidiert zur Aussenpolitik unseres Landes. Aus der Überzeugung, dass nur eine offene Schweiz eine kinder- und frauenfreundliche Schweiz sei, legte der Vorstand neun Resolutionen zur Öffnung der Schweiz vor. Mit überwältigendem Mehr unterstützten die Teilnehmerinnen die Forderungen nach der Ratifikation der Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und desjenigen über die Rechte des Kindes. Unbestritten blieb auch die Forderung nach einem Uno-

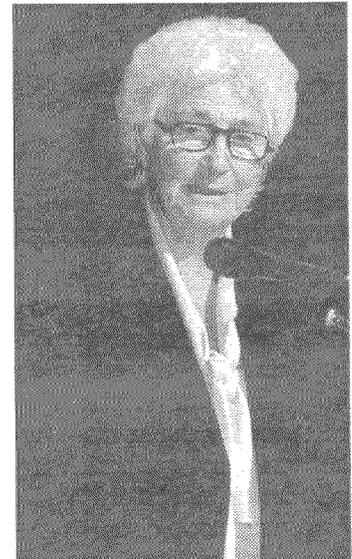
Beitritt des Landes, die mit Akklamation angenommen wurde.

## Die Schweiz darf kein Gefängnis werden

Ständerätin Christine Beerli plädierte engagiert für die Personenfreizügigkeit im Rahmen des EWR. «Die Schweiz darf kein Gefängnis für unsere Jugend werden», so ihre stark applaudierten Ausführungen. Die Kongressteilnehmerinnen fordern in entsprechenden Resolutionen das Bekenntnis der Schweiz zur Personenfreizügigkeit, so dass Schweizer(innen) im EWR-Raum und Bürger(innen) von EWR-Staaten in der Schweiz Inländer(innen)gleichbehandlung erhalten, sowie die Reaktivierung des Gesuches, der EU beizutreten, durch den Bundesrat.

## Verbindung Beruf – Elternschaft

Drei junge Frauen aus allen Landesteilen und eine Migrantin trugen ihre Visionen vor. Sie wünschen sich die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft, eine klare Abkehr der Schweiz und der Schweizer(innen) von jeder Form von Rassismus sowie die Wahrnehmung der Frau primär als Mensch mit gleicher Würde wie die Männer. Als zentrale Voraussetzung dafür for-



Gastrednerin Susanna Agnelli, italienische Aussenministerin, hofft, dass es den Schweizer Frauen gelingen möge, die Schweizer Männer von der Notwendigkeit eines EU-Beitrittes der Schweiz zu überzeugen.

dern die Kongressteilnehmerinnen, dass Frauen und Männer zu gleichen Teilen an der Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit beteiligt werden. Selbstredend wurde in diesem Zusammenhang der Ausbau des öffentlichen Angebotes an familienexternen Betreuungsplätzen verlangt. Für Kinder ab 3 Jahren soll das Tessiner Modell (mit längeren Öffnungs-

Fortsetzung auf Seite 16

## Die nächsten Daten

mb. Am Dienstag, 26. März 1996, findet um 14 Uhr in Bern die nächste Präsidentinnenkonferenz der FDP-Frauen Schweiz statt. Als wichtigste politische Themen stehen die Mutterschaftsversicherung und der neueste Stand beim Scheidungsrecht auf der Traktandenliste. Ausserdem wird Präsidentin Franziska Frey-Wettstein über die Ergebnisse der Klau-

surtagung des Vorstandes berichten.

Zur Delegiertenversammlung laden die FDP-Frauen Schweiz auf den 11. Mai 1996 nach Bern ein. Dabei stehen Gesamterneuerungswahlen des Vorstandes an. Anträge von Mitgliedern, die an der DV traktandiert werden sollen, sind sechs Wochen vorher dem Vorstand einzureichen.

## Kultur und Politik

Neben der intensiven politischen Arbeit gab es zahlreiche intensive Eindrücke bei vielen ausgezeichneten kulturellen Darbietungen. Kultur und Politik sind – oft verkannte – Geschwister. Das wurde klar bei der poetischen Uraufführung eines Werkes von Regina Irman, bei den witzig frechen Auftritten der Kapelle Sorelle, bei Gardi Hutter, la Lupa um nur einige zu nennen. Ein Füllhorn lebendigen und vielseitigen Frauenschaffens spiegelte auch der gutbesuchte Markt.

Fortsetzung von Seite 15

zeiten) in der ganzen Schweiz Anwendung finden.

### Soziale Sicherheit: zivilstands- und geschlechtsunabhängig

Neue Lebens- und Arbeitsformen können nur realisiert werden, wenn auch im Rahmen der sozialen Sicherheit und insbesondere bei den Sozialversicherungen eine klare Anpassung an die veränderten Lebensbedürfnisse vorgenommen wird. Dabei ist die Forderung nach einer Mutterschaftsversicherung für erwerbstätige und Mutterschaftsleistung für die nichterwerbstätigen Mütter nur ein Mosaikstein. Die soziale Sicherheit soll zivil-

## Neue Märkte Betreuungsarbeit

In einem von Beatrice Geier souverän geleiteten Workshop befassten sich die FDP-Frauen mit der Frage, ob familienexterne Kinderbetreuung nicht auch eine volkswirtschaftlich interessante Seite habe. Erkenntnisse, dass frühe Sozialisation mit Gleichaltrigen in Hort und Kinderkrippen positive Auswirkungen auf die Entwicklung von Selbständigkeit und Selbstbewusstsein der Kinder habe, lagen schon bei der Ausarbeitung der «Perspektiven liberaler Lebensgestaltung» vor. Volkswirtschaftlich fällt der Einbezug gut ausgebildeter Frauen mit Berufslehre positiv ins Gewicht. Die Ausbildungsinvestition entwertet sich rasch, der Wiedereinstieg ist ohne Zusatzausbildung nicht möglich. Allerdings ist die Lohnsituation der Frauen noch nicht so, dass sich eine Betreuerin auf 6 Kinder, was heute einem Ideal entspricht, mit dem Frauenlohn finanzieren liesse. Eine gemischte Trägerschaft von Eltern, Wirtschaft und Kommunen drängt sich daher auf. ■

stands- und geschlechtsunabhängig sein. Sie muss die unterschiedlichen Arbeits- und Lebensmodelle berücksichtigen.

FDP-Nationalrätin Lili Nabholz stellte die Grundzüge des neuen Scheidungsrechts vor. Eine Resolution für eine zwingende hälftige Aufteilung der 2. Säule bei Scheidung wurde ebenso angenommen wie die Forderung nach Anerkennung der berufsbedingten Aufwendungen für die Kinderbetreuung als Gewinnungskosten in der Steuergesetzgebung, wie sie in der Motion Spoerry vom 28. Februar 1994 verlangt wurde.

### Für eine gewaltfreie Gesellschaft

Ein altes Anliegen der Frauenbewegung ist die Erziehung zu Frieden und der Aufbau einer gewaltfreien Gesellschaft. Im Vordergrund standen diesmal Forderungen nach Schutz von Frauen und Kindern vor Misshandlung und Grundlagenforschung für gewaltlose Konfliktbewältigung.

### Wie weiter?

Der diesjährige Frauenkongress ist der fünfte in 100 Jahren. Resultat des letzten Kongresses 1975 unter der Leitung von Lili Nabholz war die Lancierung der Gleichheitsinitiative. Was soll 1996 mit den zahlreichen Resolutionen geschehen? Einmal wird ein Kongressbericht treulich rapportieren über alles, was an diesen drei Januartagen diskutiert und beschlossen wurde. Ferner beantragt der Vorstand der Delegiertenversammlung, die im Sommer stattfinden wird, eine Nachfolgeorganisation der Frauenverbände ins Leben zu rufen mit dem Hauptzweck, die verabschiedeten Resolutionen aus den vier Foren weiterzuverfolgen und schrittweise in den politischen Alltag überzuführen und umzusetzen. ■

## KOLUMNE

### Aufgebot gegen die Verunsicherung



«Kein Arbeitsplatz ist mehr ganz sicher», sagte mir letzthin die Frau eines höheren Angestellten

eines mittleren Industriebetriebes. Das dürfte etwas übertrieben sein. Aber es ist ein Ausdruck der *weit verbreiteten Verunsicherung*, die in unsrem Land herrscht und den Index der Konsumentenstimmung vom Oktober 1995 bis Januar 1996 von -20 auf -31 Punkte sinken liess. Die Verunsicherung hat einerseits *reale Ursachen*: die hartnäckig hohe Arbeitslosigkeit, der rasche politische und wirtschaftliche Wandel, die Angst vor dem Verlust der sozialen Sicherheit, die in regelmässigen Abständen bekanntwerdenden Auslagerungen von Arbeitsplätzen ins Ausland.

Ein nicht unwesentlicher Anteil der Verunsicherung ist aber auch *psychologischer Natur*. Die Negativmeldungen werden in den Boulevard- und in den elektronischen Medien häufig dramatisiert. Die Sozialdemokraten schüren aus parteipolitischen Taktik die falsche Angst vor einem «Sozialabbau». Die Gewerkschaftsführer rufen nach Leistungen des tief in roten Zahlen stehenden Bundes und sägen an der Stabilitätspolitik der Nationalbank. Von der «Wirtschaft» wird häufig von den Nachteilen des Werkplatzes Schweiz, aber nur selten von seinen Vorteilen gesprochen. Es kommt dazu, dass die polarisierte Europa-Diskussion dem Klischee einer angeblich völlig immobilen Schweiz Auftrieb gegeben hat. Dabei ist in den letzten Jahren zur *Verbesserung des Wirtschafts- und Finanzplatzes* Schweiz mehr getan worden als je zuvor in einem gleichen Zeitraum: die «Taxe occulte» ist mit dem Übergang zur Mehrwertsteuer abgeschafft worden; das Binnenmarktgesetz wurde geschaf-

fen; das neue schärfere Kartellgesetz tritt nächstens in Kraft; die Landwirtschaftspolitik schrittweise gelockert (nicht ohne von den Bauern Opfer zu verlangen). Auch für den Finanzplatz wurde einiges getan.

All dies hat zweifellos noch keine optimalen Bedingungen geschaffen, aber es waren doch *bemerkenswerte Schritte* in der richtigen Richtung. Bürokratischen Bestimmungen, die immer noch auf zahlreichen Gebieten die Handlungsfreiheit der Unternehmer behindern, ist entgegenzutreten. Und der grossen Versuchung der Linken, bei jeder Schwierigkeit zum Staat zu rennen, ist ein Riegel zu schieben. Noch im Sommer 1995 hat die Sozialdemokratische Partei der Schweiz in ihrem neuen Wirtschaftskonzept jährliche *Mehrausgaben von sage und schreibe 20 Milliarden Franken* vom bereits heute tief defizitären Bund gefordert!

Um gegen die Verunsicherung zu kämpfen, ist es zunächst wichtig, das *Selbstvertrauen zu kräftigen* – und dazu sollten auch die Stärken unseres Landes wieder vermehrt ins Bewusstsein gehoben werden: eine im Vergleich zu den Industrieländern hohe Arbeitszeit, ein immer noch bemerkenswerter Leistungswille, niedrigere Zinsen, eine gute Berufsausbildung, durch den internationalen Wettbewerb flexibel gewordene Unternehmer, der soziale Friede, die Einsicht von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in vielen Betrieben, dass der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gemeinsam geführt werden muss. Klarheit über die realistischen künftigen Möglichkeiten zur *Erhaltung der sozialen Sicherheit* und das deutliche Bekenntnis auf allen politischen und unternehmerischen Ebenen zur *gemeinsamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit* sind unerlässliche Voraussetzungen, um einem «Aufgebot gegen die Verunsicherung» zum Erfolg zu verhelfen.

Alt Nationalrat  
Dr. Kurt Müller, Meilen



Mit dem neuen Kartellgesetz kommt der Markt – soll der Preisüberwacher gehen?

(Photo Keystone)

## Nichts für Wallfahrer und Pensionierte

**Der Markt kommt: Das revidierte Kartellgesetz, das neue Binnenmarktgesetz, Gatt/WTO sorgen dafür, dass das Spiel von Angebot und Nachfrage in Zukunft wieder etwas freier und ungestörter ablaufen kann. Preise, die bis anhin über Kartelle und Absprachen festgesetzt wurden, werden wieder vermehrt das Gleichgewicht auf dem Markt wiedergeben. Damit schwindet die Bedeutung des Preisüberwachers. Der Nachfolger von Preisüberwacher Joseph Deiss wird sich dabei vor allem mit staatlichen Preisen auseinandersetzen müssen.**

◊ Markus R. Seiler

Die Verschärfung der Kartellgesetzgebung bewirkt nicht nur einen Bedeutungsverlust des Preisüberwachers, sondern auch eine Verlagerung seines Aufgabenbereiches. Er wird sich in Zukunft schwergewichtig mit den staatlich administrierten Preisen zu befassen haben. Denn dort hapert's noch gewaltig mit Wettbewerb und freiem Markt: Vom Staat bestimmte, genehmigte

oder überwachte Preise sind es, auf die nun ein Auge geworfen werden muss: Tarife der SBB, PTT, SRG, für Strom, Gas, Wasser, für die Krankenversicherung. Diese staatlich administrierten Preise machen immerhin rund 45 Prozent aller Preise aus.

### Wettbewerb und Distanz zum Staat

Aus dieser Aufgabenverschiebung heraus ergeben sich zwei Anforderungen an den neuen Preisüberwacher: Er muss vom

Wettbewerbsgedanken und von der preissenkenden Wirkung marktwirtschaftlicher Mechanismen überzeugt sein. Und er muss willens sein, gegenüber dem Staat und dessen Einfluss auf beinahe die Hälfte aller Preise die nötige Distanz zu wahren.

Ausser Betracht fallen somit jene Kandidaten, die sich vor noch nicht allzu langer Zeit vor allem dadurch hervorgetan haben, dass sie die inzwischen gescheiterten Wirtschaftsmodelle in den sozialistischen «Bruderstaaten» priesen und predigten. Ehemalige Wallfahrer und Pilgerer zu Ostberlin und Moskau als Überwacher und Kritiker staatlich regulierter Preise einzusetzen hiesse, den Bock zum Gärtner zu machen!

### Wiedereinsteiger mit siebzig?

Auch pensionierte Bundesräte würden sich denkbar schlecht für eine solche Funktion eignen,

sollten die diesbezüglich geäußerten Vorschläge tatsächlich ernst gemeint sein. Zwar werden ehemaligen Regierungsmitgliedern immer wieder besondere Aufgaben anvertraut. Aber dass ein ehemaliger Finanzminister als Unterstellter des amtierenden Bundesrates wiedereinstiege, mutet doch reichlich skurril an. Dass die SP zudem daran denkt, einen nun siebzigjährigen Altbundesrat als «Monsieur Prix» einzusetzen, erstaunt auch angesichts der sonst regelmässig vortragenen Forderungen der Genossinnen und Genossen nach einer Senkung des Rentenalters zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Bei einer Zahl von rund 160 000 Erwerbslosen in unserem Land ein Grund mehr, solche Vorschläge als sonntägliche Eintagsfliegen postwendend an den Absender zu retournieren. ■

# Eine Frage zum Frauenkongress von Bern

*Sehr geehrte Damen und Herren*

Von den über 2000 Teilnehmerinnen aus allen Parteien sollen im Eiltempo 40, 60 oder 80 – die Angaben darüber waren in den Medien nicht einheitlich – Resolutionen verabschiedet worden sein.

Nach Auffassung einer Kongresssprecherin war die schnelle und summarische Behandlung deshalb möglich, weil es sich um seit vielen Jahren unbestrittene Postulate der Frauenbewegung gehandelt haben soll. Eine Liste wurde nirgends publiziert, doch figurierte unter den hier und dort genannten Beispielen die Halbierung der Ausgaben für die militärische Landesverteidigung (worunter heute bekanntlich auch die Katastrophenhilfe und andere Assistenzdienste subsumiert werden), wie sie von der SP und den Grünen befürwortet wird. Dass sich ausserdem andere dem freisinnigen Gedankengut zuwiderlaufende Forderungen im Katalog der Postulate – welcher den Teilnehmerinnen zweifellos rechtzeitig vorlag – befunden haben, muss vermutet werden.

Bei allem Verständnis für die Propagierung gemeinsamer Lösungen spezifischer Frauenfragen sollte von den Repräsentantinnen des Freisinns auch in der-



Kongresspräsidentin und FDP-Nationalrätin Christiane Langenberger: sass während zweier Tage den rund 2000 Teilnehmerinnen des Frauenkongresses vor.

artigen Massenveranstaltungen in staatspolitisch tiefgreifenden Fragen eine gewisse Grundsatztreue erwartet werden können. Eine strikte Befolgung der Parteidoktrin bis ins letzte verlangt niemand.

Es wäre deshalb interessant zu vernehmen, inwieweit sich die am Kongress teilnehmenden Exponentinnen aus dem FDP-Lager, insbesondere auch die Parla-

mentarierinnen, gerade bei der Behandlung der obenerwähnten wichtigen Frage gegen eine der traditionellen Haltung unserer Partei krass widersprechende Forderung zur Wehr gesetzt haben. Es ist doch wohl kaum anzunehmen, dass die der FDP angehörende Präsidentin M<sup>me</sup> Langenberger-Jaeger Hand dazu geboten hat, die Verankerung der Halbierungsforderung diskus-

sionslos über die Bühne gehen zu lassen. Andernfalls müsste sich der Verdacht erhärten, dass sie sich als Alibifrau missbrauchen liess – genau das, was sie in ihrem Interview in der «SI» im Zusammenhang mit einer Bundesratskandidatur vermeiden möchte. Wie lief das Ganze – eine Erklärung dürfte am Platze sein!

*Richard Ochsner,  
Hilterfingen, BE*

## Glaubhafte Politik!

*Sehr geehrte Damen und Herren*

### Was gefällt mir gar nicht?

■ Die Weisswein-Kontingentierung durch Bundesrat Delamuraz, die alles andere als freisinnig ausgedacht wurde. Ich habe überlegt, ob ich deshalb aus der FDP austreten soll.

■ Die tatenlose Empörung von Bundesrat Villiger, damals noch Chef EMD, im Falle des Kompaniekommandanten im Wallis, der einen Rekruten zu Tode quälte. Weshalb war Herr Villiger

nicht früher informiert? (Vor 40 Jahren wurde mein RS-Oberleutnant wegen geringeren Vergehens nicht befördert.)

■ Das Gejammer der FDP Graubünden wegen der Zollfreizone Samnaun («Freisinn» Nr. 1/2 1996). Wo bleiben hier die gleichen Ellen? Weshalb ist es nützlich, die Ausländer (und wohl auch Inländer) zu bevorteilen?

Ich möchte mehr glaubhafte Politik sehen.

*Willy Tanner, Romanshorn*

## Was meinen Sie?

**Haben Sie sich gefreut, geärgert?**

**Schreiben Sie uns!**

**Unsere Adresse:**

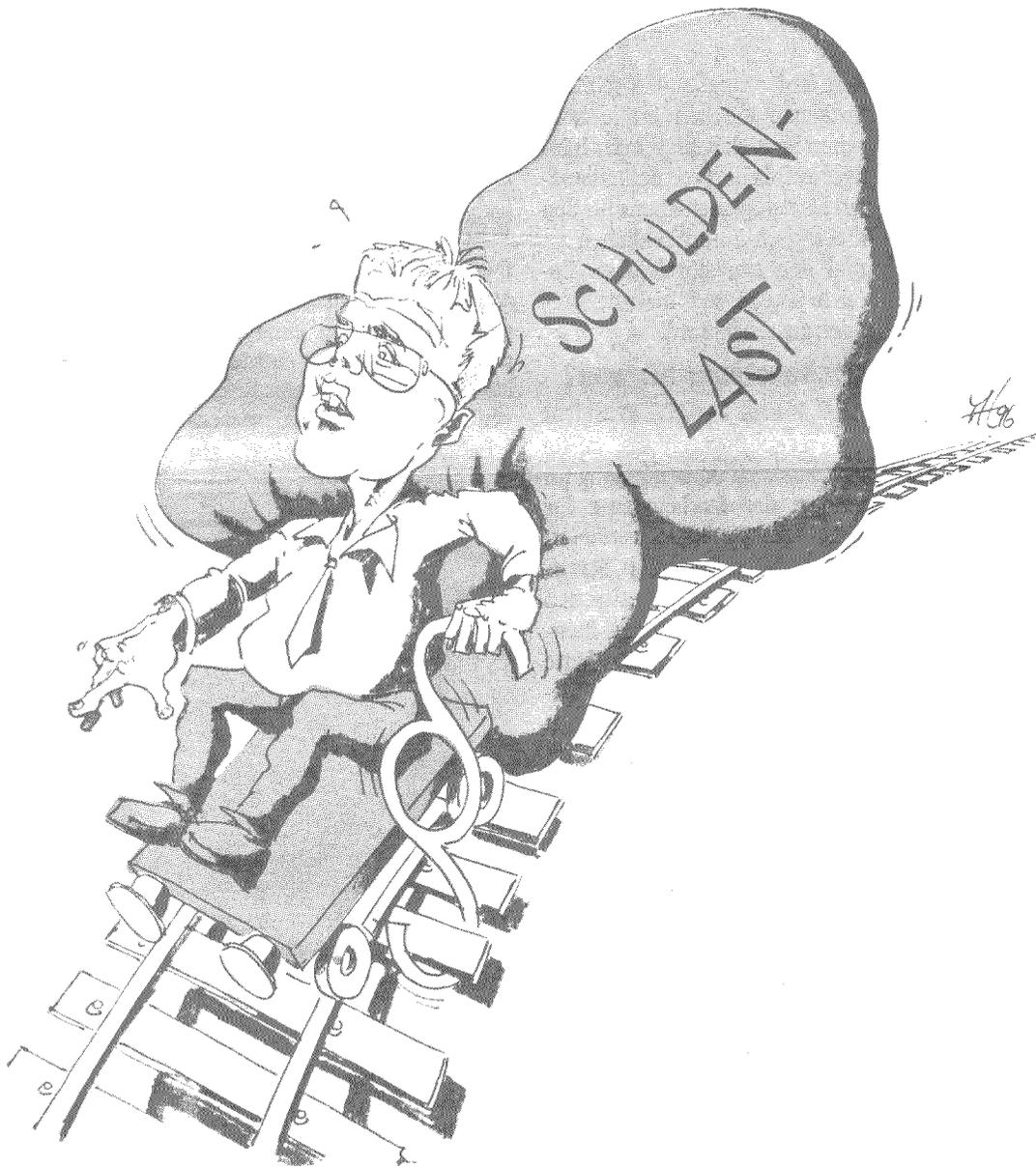
**Redaktion «Der Freisinn»**

**FDP Schweiz**

**Postfach 6136**

**3001 Bern**

LETZTE HOFFNUNG: DIE VILLIGER-BREMSE



Karikatur Andreas Töns

# Zürich: Nach dem Nein zur Trennung Ja zu Veränderungen

160 Teilnehmer, die FDP-Parteipräsident Walter Bossard an der diesjährigen Tagung zu «Kirche und Politik» begrüssen konnte, informierten sich über mögliche Neuerungen im Verhältnis von Staat und Kirche. Tagungsleiter Matthias Steinbrüchel befand, dass eine Abstimmung über die Frage, ob Änderungen in diesem Verhältnis wünschbar seien, wohl eindeutig positiv ausgefallen wäre.

**Sonja Daeniker-Pfister,  
Zollikon**

Die Präsidenten der reformierten und der katholischen Landeskirchen des Kantons Zürich, Pfr. Ruedi Reich und Dr. René Zihlmann, waren sich weitgehend einig in der Bereitschaft, Änderungen herbeizuführen zur öffentlichrechtlichen Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften und auch Hand zu bieten im Gespräch über die Kirchensteuer für juristische Personen. Zur Frage, ob der Staat die Kirchen ermächtigen soll, an niedergelassene Ausländer das Stimmrecht in den Gemeinden zu gewähren, werden die Synoden im Juni Stellung nehmen.

Reich betonte, man bemühe sich bei der Ausbildung theologischer Fachleute, darauf hinzuwirken, dass in Schule und Erziehung christliche Tradition weiterhin Teil der abendländischen Bildung bleibe. Für die reformierte Kirche steht evangelische Verkündigung im Mittelpunkt, doch Leitung und Verantwortung sollen immer zusammen mit Nichttheologen wahrgenommen werden. Sowohl im Bereich der Verkündigung wie der Sozialethik will die Landeskirche dialogisch wirken. Den missionarischen Auftrag sieht sie nicht in der Mitgliederwerbung, wohl aber darin, Menschen, die sich ihr entfremdet haben, wieder zur Mitarbeit zu gewinnen.

Da in der katholischen Kirche besonders viele Ausländer sind, hat für Zihlmann die Frage des Ausländerstimmrechts beson-

dere Bedeutung. Innerkirchliche Probleme tauchen im katholischen Bereich naturgemäss häufiger auf, da dort von der nationalen bis zur lokalen Ebene für den theologisch-innerkirchlichen und den staatskirchlichen Bereich jeweils verschiedene Gremien zuständig sind.

## Kirchensteuer für wen?

Prof. Martin Zweifel, Präsident des Verwaltungsgerichts, zeigte auf, dass sich die Auffassung im Bereich der Kirchensteuer für juristische Personen verändert hat. Nach der aus dem Staatskirchentum herausgewachsenen Ansicht war die kirchliche Steuerhoheit territorial. Man hatte Steuern zu bezahlen an die Kirche, welche die Mehrheit im Staat hatte. Heute setzt sich vermehrt die personale Auffassung durch, wonach auch für Firmeninhaber gelten sollte, was die Bundesverfassung für den Einzelnen bestimmt, dass nämlich Kirchensteuern an Andersgläubige ausgeschlossen sind.

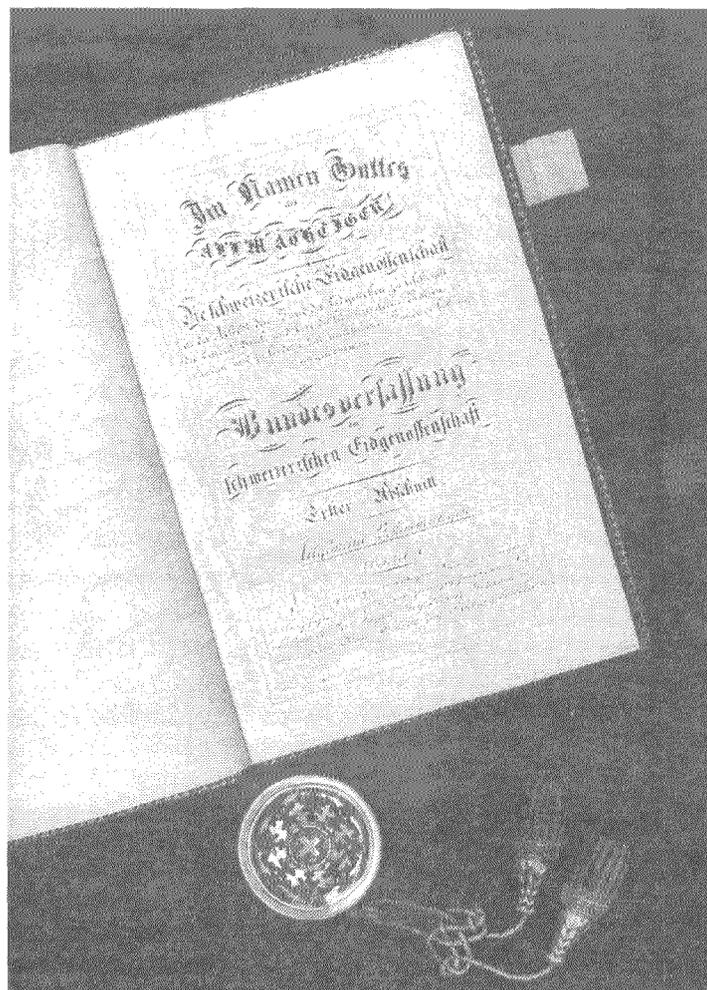
Gegenwärtig gilt für natürliche und juristische Personen der gleiche kommunale Kirchensteuerfuss. Dies bringt für die Firmen unterschiedliche Belastungen und auch für die Gemeinden grosse Ungleichheiten. Als Alternative sieht Zweifel verschiedene Möglichkeiten, von einer «sanften Renovation» bis hin zu einer «radikalen Umgestaltung». Neben der vollständigen Abschaffung wären eine Zwecksteuer, eine Mandatssteuer oder ein erweiterter Empfängerkreis denkbar. Nach eingehender Diskussion befürwortete die Grup-

pe, die sich mit diesem Thema befasste, mehrheitlich eine «sanfte» Lösung, wonach die juristischen Personen im ganzen Kanton nach einem einheitlichen, tieferen Steuerfuss zu besteuern wären. Die Landeskirchen hätten die Verteilung nach den Bedürfnissen der Gemeinden vorzunehmen, ein bestimmter Anteil dieser Steuererträge sollte allenfalls in einen kantonalen Sozial- und Kulturfonds fliessen.

## Wer wird anerkannt?

Dass sich die öffentlichrechtliche Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften zu einer komplexen Angelegenheit entwickeln könnte, zeigte sich beim Referat von Dr. Peter Karlen, wissenschaftlichem Mitarbeiter am

Bundesgericht. Schliesst das Gleichbehandlungsgebot im Staat aus, dass nur christliche und jüdische Gemeinschaften, nicht aber Muslime anerkannt werden? Kann man sich auf die abendländische Tradition berufen oder gar Gegenrecht in Staaten des Islams verlangen? Was wären die Kriterien für eine Anerkennung? Die Auffassungen und die getroffenen Regelungen unterscheiden sich in den Kantonen. Karlen plädierte für ein behutsames Vorgehen in kleinen Schritten, auch für Anerkennungsmodi minderen Grades. Auch in der Themengruppe herrschte Offenheit für die Anerkennung weiterer Gemeinschaften, doch betrachtet man es als wesentlich, wie diese zu unserem Staat stehen. ■



Das Verhältnis von Kirche und Staat wird auch in Zukunft die Politik beschäftigen.